

# 03 **Erziehung** 2016 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. März 2016

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

# EW

## ▢ **Aktuell:**

Internationaler Frauentag  
Landtagswahl am 13. März

## ▢ **Jugendhilfe + Sozialarbeit:**

Kinderförderungsgesetz

## ▢ **Titelthema:**

Gymnasiale Bildung

- Faires Abi
- Schullaufbahnempfehlung

## ▢ **Bildungspolitik:**

Bilanz zum Bildungskonvent

## ▢ **Tarif + Recht:**

Eingruppierung am Gymnasium  
Tarifrunde TVÖD

## ▢ **Bildungsangebote:**

23. Sommerakademie

...  
erfolgreiche  
Karrierewege erfordern  
eine gute Bildung – sie ist  
der Schlüssel – und führen so-  
mit zumeist über das Gymnasium.

Wenn allerdings ein Drittel der  
Gymnasiasten ihr Abitur  
dann nicht schaffen,  
weil ihr Schlüssel an  
diesem Türschloss  
hakt, dann hilft es  
wenig, bereits in die  
Eingangstüren wie-  
der alte Schlösser  
einbauen zu wollen.

Der Ruf nach 'nem  
Ölkännchen ist da  
schon sinn-  
voller ...





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein, verantwortlicher Redakteur der EuW

## Kommentiert: Rattenfänger

Wer kennt sie nicht, die Sage vom Rattenfänger, der zuerst Hameln von den Ratten befreit und – um den Lohn geprellt – die Kinder der Stadt zuerst ver- und dann entführte?

Der Begriff des Rattenfängers wird daher in den aktuellen Debatten um den politischen Kurs der deutschen Gesellschaft benutzt, um die fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Ideologen und Politiker, speziell in der AfD und bei Pegida, zu charakterisieren. Zugleich wird damit die Gefahr deutlich gemacht, die von diesen Volksverführern ausgeht.

Dabei ist nicht einmal klar, ob mit dem Gebrauch der Analogie nicht dem Rattenfänger von Hameln Unrecht getan wird, schließlich waren ihm seine Verdienste vertragsbrüchig nicht gelohnt worden. Die Motive der modernen Rattenfänger und -fängerinnen sind dagegen ideologischer und augenscheinlich auch (miss)wirtschaftlicher Art. Privatin solvenzen, hohe Verschuldung und Haftbefehle wegen undurchsichtigen Finanzgebarens und offen ausgesprochener Hass gegen Fremde und Vernünftige lassen eher Rache an den Gesetzgebern und persönliche finanzielle Sanierung durch Abgeordnetendiäten aus dem Geld der Steuerzahler als Ziele politischer Aktivitäten vermuten.

Mehr als Fremdenfeindlichkeit – das Attribut „nationalkonservativ“ erscheint mir schon als Schmeichelei und Verharmlosung – findet man nicht in politischen Aussagen. Nicht mal die Frage, wie man alle Ausländer draußen lassen will oder wie die deutsche Gesellschaft unter dem Führungsanspruch dieser politischen Hasardeure aussehen sollte, wird beantwortet. Es fehlt diesen Leuten jegliche Problemlösungskompetenz.

Außer Hetze bis zu Morddrohungen auf Pegida-Kundgebungen, außer Schüren einer perspektivlosen Empörung und Wut findet man keinen politischen Plan. Zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die ja nicht durch eine aggressive Flüchtlingspolitik aus der Welt sind, wird nicht einmal der Versuch unternommen, etwas anzubieten. Erstrecht findet man nichts zu frühkindlicher und schulischer Bildung und Wissenschaft, es sei denn, man zieht den Schluss, dass ihre menschenfeindlichen Ideologien Gegenstand von Bildung werden sollen. Historische Analogien legen diesen Gedanken durchaus nahe.

Um noch einmal auf die verführten Kinder von Hameln zurückzukommen: Drei hatte das Unglück verschont. Das eine war blind und das andere stumm, so dass beide nicht berichten konnten, was passiert war. Das dritte hatte sein Mäntelchen vergessen und war durch sein Zurücklaufen dem Unglück entkommen.

Wir dürfen uns weder von Blindheit schlagen lassen, noch stumm bleiben. Darauf zu hoffen, dass uns ein Zufall zu Hilfe kommen werde,

ist eine zu vage Option. Das sollten wir uns, unseren Nachbarn, Schülern und Freunden im Vorfeld der anstehenden Wahl sagen. Nicht die AfD und ihre schwarz-braunen Vorfeldorganisationen, nicht der Herr Spitzenkandidat für Sachsen-Anhalt mit sieben Haftbefehlen namens Poggenburg und der Möchtegern-Göbbels Höcke, nicht die Parteivorsitzende Petry oder ihre rechtspopulistische Stellvertreterin von Storch sind in irgendeiner Art eine politische und personelle Alternative zur aktuellen deutschen Politik.

Sie sind keine Alternative für Deutschland, sondern eine große politische Gefahr. Wer ein Europa und eine Welt, die von Grenzen und Schlagbäumen in den Köpfen beherrscht werden, verhindern will, wer die Chance aller Menschen auf Wohlstand und Freiheit erhalten will, muss gegen solche Politik eintreten.

Hans-Dieter Klein

## Inhalt

### Aktuell

Kommentiert: <b>Rattenfänger</b> .....	2
Kommentiert: <b>Frauentag(e)</b> .....	3
Die Landtagswahl als Chance nutzen: <b>Für gute Bildung, Erziehung und Wissenschaft entscheiden!</b> .....	3
Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016: <b>Sachsen-Anhalt braucht eine andere Politik!</b> .....	4
Fachtagung der GEW zum Kinderförderungsgesetz: <b>Motto und Forderung zugleich: „Zeit für gute Bildung“</b> .....	5
Tarifrunde Bund/Kommunen: <b>GEW-Forderung: 6 Prozent mehr Geld</b> .....	7

### Titel-Thema: Gymnasiale Bildung

Für Verbesserungen in der gymnasialen Bildung: <b>Chancengerechtigkeit – Gestaltungsfreiheit – Fairness</b> .....	8
Schullaufbahnenempfehlung: <b>Kampfplatz um Wählergunst</b> .....	9
Faires Abitur in Sachsen-Anhalt: <b>Keine Ahnung, keine Meinung, kein Konzept</b> .....	9
Reform der Oberstufenverordnung: <b>Wie „fair“ ist das Abitur in Sachsen-Anhalt?</b> .....	10

### Tarif + Recht

Lehrerentgeltordnung (LEGO): <b>Eingruppierungsprobleme auch am Gymnasium</b> .....	11
Personalratsschulungen 2015/2016: <b>Regel Zuspriech der Personalräte von Gymnasien</b> .....	11

### Bildungspolitik

Bildungspolitische Diskussionsreihe zum Bildungskonvent: <b>Rückblick mit vielen aktuellen Bezügen und Wünschen</b> .....	12
--	----

### Bildungsangebote

Fortbildung für Erzieherinnen: <b>Interkulturelle Öffnung der Kita</b> .....	13
Lehrer/innen-Fortbildung: <b>Die digitale Arbeitswelt</b> .....	13
23. Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt: <b>Die Fortbildungsinstanz in neuer Umgebung</b> .....	14
Nachschlag: <b>Es ist schon erstaunlich, ...</b> .....	16



dagegen geht auch, klar. das ist immer einfach...

Kommentiert:

## Frauentag(e)

Der internationale Frauentag ist in jedem Jahr die willkommene Gelegenheit, über die besondere Situation der Frauen in unserer Gesellschaft, über Erfolge und Rückschritte nachzudenken. Für die GEW ist dies wie immer ein besonderer Anlass, denn die GEW ist die Gewerkschaft mit dem weitaus höchsten Anteil weiblicher Mitglieder. Die Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen bleibt nach wie vor eine Domäne der Frauen. Insbesondere in den frühen Jahren der Kindheit – in den Kindertagesstätten und anschließend in den Grundschulen – bleibt der Wunsch nach deutlich mehr Unterstützung durch Erzieher, Grundschullehrer, pädagogische Mitarbeiter und Schulsozialarbeiter bisher weitgehend unerfüllt. Es gibt kleine Fortschritte, aber ein Durchbruch erscheint in weiter Ferne.

Umso mehr war das letzte Jahr für uns als Organisation und natürlich für viele Kolleginnen eine durchaus erfolgreiche Wegstrecke im Kampf um die Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen. Herausragend war die bisher einmalige Auseinandersetzung um die Aufwertung der Tätigkeit von Erzieherinnen (und Erziehern) in den Kindertageseinrichtungen. In wochenlangen Streiks in vielen Städten Sachsen-Anhalts und in der ganzen Bundesrepublik haben tausende Erzieherinnen (und Erzieher) auf ihre Situation aufmerksam gemacht, haben sich etwas zugetraut, haben Solidarität gelebt und erlebt und hatten am Ende auch Erfolg.

In den Auseinandersetzungen wurde dabei immer wieder deutlich, dass die höhere Wertschätzung durch eine verbesserte Eingruppierung nur die eine Seite der Medaille ist. Genauso wichtig ist den Kolleginnen (und

Kollegen) die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen, die reale Größe der Gruppen, die Zeiten für die Vor- und Nachbereitung der Arbeit mit den Kindern und die Unterstützung bei der Förderung der zunehmenden Zahl von Migranten. Die notwendigen Änderungen im Kinderförderungsgesetz hat sich die GEW ganz oben auf ihre Fahne geschrieben und dazu erst vor wenigen Tagen eine sehr eindrucksvolle Fachkonferenz organisiert. Schrittweise Erfolge scheinen möglich zu werden, wenn eine neue Landesregierung die Tätigkeit von Erzieherinnen (und Erziehern) endlich als Bildungsarbeit anerkennt.

Die vollständige Anerkennung der Arbeit in den Grundschulen steht dagegen noch immer in den Sternen. Frauen, die kleine Kinder unterrichten, scheinen für viele Verantwortliche noch immer nicht auf der gleichen Ebene mit den Kolleginnen (und Kollegen) an den weiterführenden Schulen zu stehen, die deutlich männlicher geprägt sind. Die Verhandlungen zur Lehrkräfteeingruppierung (L-EGO), die auch von beeindruckenden Streikaktionen begleitet wurden, haben für die Grundschullehrerinnen (und -lehrer) nur ein Almosen von 30 Euro ab dem nächsten Schuljahr gebracht. Die GEW hat diesen Tarifabschluss abgelehnt und wird nicht locker lassen, bis auch hier die Gleichstellung mit den Kolleginnen (und Kollegen) an den anderen Schulformen erreicht und diese mittelbare Diskriminierung von Frauen beseitigt ist.

Mit Nachdruck, Kampf, Geduld und Überzeugung werden die Tage kommen, an denen auch diese alten Zöpfe abgeschnitten werden. Frauentag(e) eben – herzlichen Glückwunsch!

Thomas Lippmann



Thomas Lippmann,  
Vorsitzender  
der GEW Sachsen-Anhalt



Die Landtagswahl als Chance nutzen:

## Für gute Bildung, Erziehung und Wissenschaft entscheiden!

Am 13. März wird in Sachsen-Anhalt der Landtag gewählt. Ein Landtag, der weitreichende Entscheidungen für die Erziehung und Bildung der Kleinsten in den Kitas, für das Lernen und Studieren an den Schulen und Hochschulen, für Wissenschaft und Forschung und für die Rahmenbedingungen des Bildungssystems von den Kommunen bis zum Land treffen muss und treffen wird.

Die EuW hat in den letzten zwei Ausgaben die Möglichkeit gegeben, sich über die Programmatik der bisher im Landtag vertretenen demokratischen Parteien zu informieren. Viele Kreisverbände haben die Gelegenheit wahrgenommen, die Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlkreise direkt zu befragen. Damit haben wir lebendige Demokratie praktiziert. Denn solche lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das trifft in Wahlzeiten besonders auf die Wahlteilnahme zu. Wer nicht wählt – und das ist in den letzten Jahren fast die Hälfte der Wahlberechtigten gewesen –, nutzt seine eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht. Vieles liegt gerade im Bildungssystem Sachsen-Anhalts im Argen, der Lehrermangel belastet die tagtägliche Arbeit, die Intensität der Arbeit bei der Kinderbetreuung wird immer stärker, die Kürzungen in der Wissenschaft führen zu immer mehr prekären Arbeitsverhältnissen. Das schafft Frust, und manche Kolleginnen und Kollegen wollen deshalb nicht zur Wahl gehen. Wieder andere sehen mit der Wahl von dubiosen Populisten eine Chance,

den sogenannten Etablierten einen Denkkettel verpassen zu können, weil diese wider besseres Wissen zu wenig zur Lösung der anstehenden Probleme tun. Wir sagen ganz klar, dass damit eine Situation entstehen kann, die den politischen Stillstand bei Bildung und Wissenschaft im Land konserviert oder gar in den Rückschritt führt. Die GEW hat in der zu Ende gehenden Wahlperiode die Finger in die Wunden gelegt und die Probleme öffentlich gemacht. Sie hat insbesondere die unsoziale Finanz- und Personalpolitik der jetzigen Landesregierung kritisiert und echte Alternativvorstellungen entwickelt. Das ist immer ein guter Weg. Den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine Lösung. Aus Frust Populisten zu wählen, bringt ebenfalls nichts. Dazu steht zu viel auf dem Spiel, ist die Verantwortung zu groß.

Deshalb: Selbst Verantwortung übernehmen – wählen gehen und sich für jene entscheiden, die für gute Bildung, Erziehung und Wissenschaft stehen!

Die neue Landesregierung ist ja schließlich für nicht wenige von uns eben auch Arbeitgeber.

Und wer sich noch nicht sicher ist, welche Partei die eigenen Themen denn auch für wichtig hält und sich um gute politische Lösungen bemühen will – zumindest nach den Wahlprogrammen und -versprechen –, kann ja mal den „Wahl-O-Mat“ testen. Und kann sich dort überraschen lassen oder bestätigt fühlen. 14 der 15 zur Landtagswahl zugelassenen Parteien sind dort zu finden.

Redaktion der EuW



## Die Meinung: Bewegte Zeiten

Wir erinnern uns noch an den Herbst 1989, an den Sound einer stürmischen Zeit. „Irre ins Irrenhaus, die Schläuen ins Parlament“ – dies war unsere Hymne. Keimzeit. Über ein Vierteljahrhundert später werde ich den Eindruck nicht los, dass wir wieder bewegte Zeiten haben. Endzeitstimmung contra Keimzeit.

Verhindern wir gemeinsam, dass die Irren das Sagen bekommen und geben wir den Vernünftigen die Stimme. Ein lautstarker Ruf. Den Predigern von Nationalismus und den kreidefressenden Neofaschisten darf nicht gestattet werden, dieses Land, also uns, zu regieren!

Daniel Merbitz





**Axel Bachner ist Mitarbeiter an der MLU (Agrar- und Ernährungswissenschaften) und Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt. Er ist Mitglied im Landesfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung von ver.di**

## Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016: Sachsen-Anhalt braucht eine andere Politik!

Seit 2006 hat der Finanzminister mittels auffällig pessimistischer Prognosen (Bsp.: „Langfristige Projektion zur Haushaltsentwicklung bis 2020“) die Landesregierung auf einen Spar- und Konsolidierungskurs eingeschworen, dem der Landtag mit seiner Mehrheit gefolgt ist. Die amtierende Landesregierung folgte der Strategie des Finanzministers Jens Bullerjahn (SPD) ebenso wie die Regierung in der Wahlperiode 2006–2011. 2011 hatte die Koalition aus CDU und SPD nicht die Chance wahrgenommen, Korrekturen vorzunehmen.

### Strategien

Nach seinen damaligen Prognosen würden die Einnahmen im Landeshaushalt von ca. 10 Mrd. Euro (2006) bis zum Jahr 2016 auf ca. 8 Mrd. Euro sinken, so dass Ausgaben nur noch in maximal dieser Höhe möglich wären. Deshalb wurden Strategien entwickelt und umgesetzt, die das Ziel hatten, die Ausgaben um mehr als 2 Mrd. Euro zu reduzieren. „Am Ende des Sparkurses sollen nur noch die wirklich notwendigen Leistungen gewährleistet werden können“ (aus „Grundlagen für ein Personalentwicklungskonzept 2006“). 2009 prognostizierte der Finanzminister nach Presseberichten sogar Steuerausfälle von 4,5 Mrd. Euro in den nächsten Jahren. Im Jahr 2013 kündigte die Landesregierung während der Planungen zum Haushalt 2014 ein „beispielloses Sparprogramm“ an, bei dem „neben den Personalausgaben besonders die Hochschulen ins Visier genommen werden“ sollten. Im Gegensatz zu den Prognosen ist allein durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (historisch niedrige Zinsen) die jährliche Zinsbelastung im Haushalt von über 900 Mio. Euro 2006 auf heute rund 550 Mio. Euro gesunken. Durch die Konjunktur in Deutschland sind die Steuereinnahmen auch in Sachsen-Anhalt kontinuierlich auf 6,7 Mrd. Euro im Jahr 2015 gestiegen, obwohl das Land im deutschlandweiten Vergleich in der Wirtschaftsentwicklung Schlusslicht ist (Stand 2015). Die Prognosen des Finanzministers waren schlicht falsch. Das Land kann noch immer jährlich mehr als 10 Mrd. Euro ausgeben.

### Finanzpolitik

Wesentliche Ziele der Landesregierung sind neben der „Schuldenbremse“ (keine Aufnahme neuer Kredite) das Anlegen einer „Steuerschwankungsreserve“ (Stand 2015: 195 Mio. Euro) und eines „Pensionsfonds“ (Stand 2015: 650 Mio. Euro) sowie zusätzlich die Tilgung von Altschulden. Dieser Zielstellung wurde die Ausgabenstruktur angepasst. Die „Schuldenbremse“ (nach Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz) wurde durch einen Landtagsbeschluss übernommen. Aber das Ansparen von mehreren Reserven und die Tilgung von Altschulden hat das Land offensichtlich zu stark belastet und ging auf Kosten wichtiger Aufgaben. Die daraus abgeleiteten Kürzungsmaßnahmen, mit der Begründung, dass sich das Land bestimmte Aufgaben nicht mehr leisten könne, waren im Verhältnis zum Gesamthaushalt relativ gering. Umso größer sind aber die negativen Auswirkungen auf diese Bereiche. Beispielweise wurden im Haushalt 2014 Budgetkürzungen für die Theater und Orchester (-6 Mio. Euro), Hochschulen (-26,6 Mio. Euro)

und Forschung (-18 Mio. Euro) beschlossen. Auch die Kommunen sind im Sparmodus, weil sie weniger Zuweisungen (je -56 Mio. Euro für 2014/2015) vom Land erhalten. Die Folgen für die Bürger sind u.a. Kürzungen/Streichungen sog. freiwilliger Leistungen sowie Erhöhungen von Gebühren und Abgaben. Viele Kommunen haben die Erhöhung der Beiträge für die Kinderbetreuung angekündigt.

### Personalpolitik

Einen besonderen Schwerpunkt bei der Haushaltskonsolidierung sah und sieht die Landesregierung auf dem Gebiet der Personalausgaben. Es wurde bewusst der Eindruck erweckt, Sachsen-Anhalt hätte im Vergleich mit anderen Bundesländern viel zu viel Personal im öffentlichen Dienst, so dass wegen der hohen Personalausgaben sogar die Investitionen in Straßen nur eingeschränkt durchgeführt werden könnten.

Im „Personalentwicklungskonzept 2011–2025“ der Landesregierung (PEK) wurde daher festgelegt: „Um den Landeshaushalt zu konsolidieren, sei es unverzichtbar“, die Personalausstattung „von 51.563 Stellen (2011) auf 40.500 Stellen spätestens bis zum 31. Dezember 2019 zu reduzieren“. Dabei wäre „in diesem Zeitraum eine Reduzierung der Zahl der Beschäftigten allein wegen des Bevölkerungsrückganges um ca. 6.000 Stellen notwendig“. Zur Erinnerung: Der Stellenbestand des Landes wurde bereits seit „1991 bis 2011 um ca. 52 v.H.“ (52.220 Stellen) verringert.

Diese aus den Statistiken und Daten gezogenen Schlüsse haben sich jedoch als falsch herausgestellt: Tatsächlich waren die Personalausgaben des Landes zu keinem Zeitpunkt besorgniserregend. Sie betrugen real ca. 25 v.H. der Gesamtausgaben und gehörten über den gesamten Betrachtungszeitraum (seit 1991) zu den niedrigsten in Deutschland. Die westlichen Bundesländer wenden etwa mehr als 40 v.H. ihres Haushaltes für das Personal auf. „Zur Bewältigung des starken Anstiegs der Beamtenversorgungsausgaben in den nächsten Jahren wurde mit der Einrichtung des „Pensionsfonds“ im Jahr 2007 eine Neustrukturierung der Personalkosten vorgenommen“ (PEK 2009). Die Zahlungen in den Fond erhöhen somit zwangsläufig die Personalausgaben. Mit dem „Pensionsfonds“ wird langfristig ein Sondervermögen geschaffen, dessen „Entlastungseffekt allerdings erst um etwa 2040 einsetzt“ (PEK 2009). Der „Pensionsfond“ soll im Jahr 2050 ein Volumen von 21 Mrd. Euro erreichen. Dies entspricht in etwa der Summe, die das Land derzeit an Schulden hat!

Aber die Ausgaben für die Pensionen der ehemaligen Beamten in Sachsen-Anhalt betrugen im Jahr 2015 nur ein Zehntel vergleichbarer westlicher Bundesländer. Sie werden auch künftig nicht annähernd deren Höhe erreichen, weil z.B. in Sachsen-Anhalt die Lehrer in der Regel nicht verbeamtet wurden. Im Übrigen kann nicht außer Betracht bleiben, dass die Versorgungsleistungen für Beamte, die Dienstzeiten in anderen Bundesländern hatten, auch von denen erstattet werden.

Der starke Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Sachsen-Anhalt ist nach Einschätzung des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle maßgeblich auf den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Unbestritten müsste sein, dass durch den Erhalt

der Arbeitsplätze auch die demografische Entwicklung im Land hätte positiv beeinflusst werden können.

Inzwischen ist in der gesamten Landesverwaltung und in den Kommunen ein flächen-deckender Personal-mangel festzustellen. Hinzu kommt, dass das Durchschnittsalter der Bediensteten des öffentlichen Dienstes derzeit bei 52 Jahren liegt. Die Bürger im Land spüren die Defizite als Folgen des Personalabbaus etwa durch den Unterrichtsausfall in den Schulen und durch fehlende Polizisten. Die Situation wird durch die aktuelle Flüchtlingsthematik dabei noch verschärft.

Zur Finanzierung der Mehrausgaben für die Flüchtlinge (ca. 700 Mio. Euro) werden u.a. Mittel aus der „Steuerschwankungsreserve“ entnommen (2015 ca. 45 Mio. Euro, 2016 ca. 100 Mio. Euro). Für diese Zwecke war und ist sie nicht vorgesehen.

### Beispiel Hochschulpolitik

Die Etats der Hochschulen im Land sind zu niedrig und sie sind nicht den gestiegenen Aufgaben (durch höhere Studierendenzahlen) angepasst. Die dauerhafte Absenkung der Budgets um 10 v.H. ab 2006 war bereits kontraproduktiv. Der Finanzminister Jens Bullerjahn kommentierte den Koalitionsvertrag 2011 mit den Worten: „Wenn die Hochschulen in der jetzigen Zahl Studenten (55.761) binden können, werden die Finanzmittel auch nicht abgesenkt.“ Obwohl 2013 die Zahl der Studierenden auf 55.954 stieg, wurde mit dem Haushalt 2014 der Beschluss gefasst, die jährlichen Zuweisungen bis 2020 um 26,6 Mio. Euro abzusenken. Am Beispiel der Martin-Luther-Universität bedeutet dies die Streichung von über 100 Personalstellen. Zusätzlich werden noch mehr vorhandene Stellen nicht besetzt und immer häufiger wird nur noch befristet eingestellt. Die Mittel, die der Bund für einen befristeten Zeitraum zusätzlich zur Verfügung stellt, werden nicht für die Besetzung von Personalstellen genutzt, weil die Hochschulen befürchten, dass sie sich auf unabsehbare Dauer mit Personalkosten binden würden. Die Mittel, die der Bund dauerhaft zur Verfügung stellt, werden den Hochschulen nur zu einem geringen Teil überlassen.

### Wir wollen eine andere Politik!

1. Wir brauchen eine andere Ausgabenpolitik, die sich am Bedarf des Landes und seiner Bürger orientiert. Die jetzigen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen dürfen so nicht fortgesetzt werden, weil die Sparwut Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze auf Dauer gefährdet.
2. Die bisherige Personalpolitik kann so nicht fortgeführt werden. Es muss mehr Personal eingestellt werden.
3. Der „Pensionsfond“ muss aufgelöst werden.
4. Die Prognosen zum demografischen Wandel müssen auf den Prüfstand. Es muss überlegt werden, welche Maßnahmen ggf. zum Gegensteuern nötig sind.
5. Für die Hochschulen, Theater und Kommunen ist die Rücknahme der Kürzungen geboten. Für die Hochschulen müssen die „Zielvereinbarungen“ neu verhandelt werden.
6. Die Mehraufwendungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise müssen vollständig vom Bund getragen werden.

Axel Bachner

## Fachtagung der GEW zum Kinderförderungsgesetz: Motto und Forderung zugleich: „Zeit für gute Bildung“

(EuW) Als am 1. Januar 2013 das novellierte Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in Kraft trat, gab es große Hoffnungen, dass sich die Bedingungen für Eltern, Kinder und Beschäftigte in den Tageseinrichtungen verbessern würden. Mit der Wiedereinführung des Ganztagsanspruchs für alle Kinder, der verbindlichen Einführung eines Bildungsprogramms und präzisierten Aufgaben der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung sowie verbindlichen Kriterien zur Qualitätssicherung wurden die Anforderungen an die Beschäftigten noch einmal deutlich erhöht. Neue Regelungen zum Mindestpersonalschlüssel, zur Verteilung der Finanzierungsverantwortung zwischen Land, Kommune, Trägern und Eltern sowie die Übertragung der strukturellen Verantwortung auf die Landkreise sollten dazu beitragen, die Kindertagesbetreuung in Sachsen-Anhalt weiter auszubauen und sicherzustellen, dass Tageseinrichtungen sich zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen entwickeln können.

Unter dem Motto „Zeit für gute Bildung“ diskutierten Erzieherinnen und Erzieher mit Politikerinnen und Politikern der im Landtag vertretenen Parteien über ihre Erfahrungen bei der Umsetzung des KiFöG und ihre Erwartungen hinsichtlich notwendiger Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Eva Gerth, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, begrüßte am 13. Februar 2016, vier Wochen vor den Landtagswahlen, rund 100 Erzieherinnen und Erzieher, die der Einladung des GEW Landesvorstandes nach Magdeburg gefolgt waren. Genauso wie die Landespolitikerinnen Prof. Dr. Claudia Dalbert, Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Petra Grimm-Benne, Fraktionsgeschäftsführerin der SPD, Birke Bull, bildungspolitische Sprecherin sowie Monika Hohmann, sozialpolitische Sprecherin DER LINKEN. Die CDU hatte kurzfristig abgesagt. Sie sah sich nach eigenen Angaben „nicht in der Lage“ aus dem Arbeitskreis „Soziales“ einen Vertreter bzw. eine Vertreterin zu benennen. „Wir bedauern das, müssen aber leider feststellen, dass sich die CDU trotz jahrzehntelanger Gesetzgebungsverantwortung der fachlichen Auseinandersetzung nicht zum ersten Mal entzieht.“, so die Einschätzung Eva Gerths.

### Kindertagesbetreuung ist Bildungsarbeit

In einem Grußwort des Landesvorstandes der GEW bekräftigte dessen Vorsitzender, **Thomas Lippmann**, die bildungs- und sozialpolitische Bedeutung sozialpädagogischer Berufe. Das gelte in besonderem Maße für die größte Berufsgruppe in diesem Organisationsbereich, die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen.

„Kindertagesbetreuung ist auch Bildungsarbeit, deren Qualität entscheidende Auswirkungen auf die Bildungsbiografie der Kinder hat. Deshalb ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass für die individuelle Förderung jedes Kindes in einer Kita genügend Zeit bleibt. Die GEW hat sich in den zurückliegenden Jahren in besonderer Weise für die Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen in den Kitas eingesetzt. Wir haben vor, dies auch

weiterhin mit großem Engagement zu tun. Dabei setzen wir auf Mitwirkung und Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas in der GEW“, so Lippmann.

Ausgangspunkt für die Diskussionen bildete eine Analyse der derzeitigen Rahmenbedingungen, die **Frank Wolters**, Gewerkschaftssekretär der GEW, vorstellte.

### Quantität versus Qualität?

Zunächst wies er darauf hin, dass entgegen vieler Prognosen die Anzahl der Kinder in den Tageseinrichtungen seit 2006 stetig angestiegen ist und man auch in den nächsten Jahren von einer stabilen Belegungsquote in den Einrichtungen ausgehen könne. Nach wie vor sei die Betreuungsquote bei Unter-Dreijährigen bundesweit die höchste und auch bei den Drei- bis Sechsjährigen liegt Sachsen-Anhalt im oberen Drittel. Auch werden sachsen-anhaltische Kinder durchschnittlich am längsten in den Einrichtungen versorgt.

„Quantitativ ist die Kindertagesbetreuung in Sachsen-Anhalt ohne Zweifel Spitze. Die Qualität wird man etwas kritischer bewerten müssen. Es besteht kein Zweifel, dass die überwiegende Mehrheit der Fachkräfte mit großem Engagement an der Umsetzung der Vorgaben aus dem Kinderförderungsgesetz arbeitet, allerdings sind die Grenzen des Machbaren längst erreicht. Anspruch und Wirklichkeit laufen an vielen Stellen deutlich auseinander“, so Wolters.

### Mindestpersonalschlüssel verbessern

Als Beispiel nannte er den Mindestpersonalschlüssel, der auf der Grundlage von Bruttoarbeitszeiten berechnet würde und suggeriere, dass in der Krippe bzw. im Kindergarten nicht mehr als sechs bzw. 13 Kinder von einer Erzieherin betreut würden. Dies sei in Wirklichkeit aber nicht der Fall. Im Gegenteil begrenzten die geltenden Regelungen die Gruppengröße nicht. Außerdem seien sämtliche Ausfallzeiten, wie Urlaub, Fortbildung und Krankheit, im Personalschlüssel enthalten. Die tatsächlichen Gruppengrößen bzw. Betreuungsrelationen seien um ein Vielfaches höher, was zu dauerhaften Belastungen und zu deutlichen Abstrichen bei der Qualität führt. Er forderte, den Mindestpersonalschlüssel an die Nettoarbeitszeit der Fachkräfte anzupassen und die Anzahl der zu betreuenden Kinder nach oben zu begrenzen.

### Mittelbare pädagogische Arbeit anerkennen

Überfällig sei ebenfalls eine Regelung zur Anrechnung der mittelbaren pädagogischen Arbeit auf die Arbeitszeit. Es sei momentan leider immer noch so, dass für die vielfältigen Aufgaben, die außerhalb der Arbeit am und mit dem Kind erledigt werden müssen, kein Arbeitsvermögen zur Verfügung gestellt wird. Unter diesen Bedingungen sei weder das Bildungsprogramm umzusetzen, noch ein Qualitätsmanagement zu realisieren. Wolters appellierte an die Landespolitik, nicht nur über die Beitragsentlastung der Eltern zu diskutieren, sondern auch daran zu denken, dass eine Entlastung der Fachkräfte überfällig ist. Ständig überforderte Erzieherinnen und Erzieher können keine gleichbleibend gute Qualität abliefern. Das gelte auch für die

Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen. „Wir erwarten von den Kommunen und freien Trägern, dass sie sich auf einheitliche Standards zur Ressourcenverteilung einigen. Sollte dies nicht möglich sein, muss der Gesetzgeber handeln!“

Wenig Verständnis gebe es bei den Beschäftigten dafür, dass in der Landes- und Kommunalpolitik derzeit fast ausschließlich über die Möglichkeiten der finanziellen Entlastung der Eltern debattiert werde, jedoch die Situation von Kindern und Erzieherinnen in den Einrichtungen nicht zur Kenntnis genommen werde. „Man hat manchmal den Eindruck, Kitas seien nur noch eine Belastung der öffentlichen Haushalte. Das ist eine ungünstige Ausgangslage für eine inhaltliche Diskussion“, so Wolters.

### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Deutliche Kritik wurde auch an der derzeitigen Förderpraxis geübt. Da die Kindertagesbetreuung inzwischen vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, sei es inakzeptabel, wenn Träger die Beschäftigten deutlich unter den tarifvertraglichen Bedingungen des öffentlichen Dienstes bezahlen. „Freie Träger müssen sich an Tarifentgelte halten!“, so Wolters. Wenn nicht, müssten die



Eva Gerth



Thomas Lippmann



Frank Wolters

Fotos: Michael Schultze

öffentlichen Fördermittel gestrichen werden. Eine entsprechende Regelung im Kinderförderungsgesetz, wonach nur die Träger mit Landeszuweisungen rechnen können, die „... sich an den jeweiligen tariflichen Bedingungen orientieren“, hat bisher nicht dazu geführt, dass sich das Einkommensniveau bei allen freien Trägern dem Niveau der einschlägig üblichen Tarifbezahlung angeglichen hat. Nach wie vor bestehen Vergütungsabstände von bis zu 30 Prozent im Vergleich zur Bezahlung bei den kommunalen Trägern. Die Politik sei deshalb gefordert, sowohl ihrer Verpflichtung hinsichtlich einer auskömmlichen Finanzierung nachzukommen, als auch sicher zu stellen, dass die öffentlichen Finanzen sachgerecht verwendet werden. Dazu gehört auch, die Bedingungen für eine gleiche und gerechte Bezahlung aller Erzieherinnen und Erzieher zu sichern.

Die GEW fordert deshalb den Landesgesetzgeber auf, die „Tariftreueklausel“ im § 12a des KiFöG zu präzisieren und sicher zu stellen, dass Zuwendungen des Landes zukünftig nur an solche freien Träger geleistet werden, die den Nachweis der Anwendung eines Tarifvertrages auf dem Niveau des TVöD erbringen.

### Parteien sehen Erfolge und Handlungsbedarf

Sowohl in den Statements als auch in der abschließenden Podiumsdiskussion





→ wurde deutlich, dass SPD, DIE LINKE und DIE GRÜNEN in ihren Positionen nicht weit voneinander entfernt sind. Man könne gemeinsam einiges verändern, es gäbe aber auch einiges, was man nicht zur Disposition stelle wolle. Dazu gehöre zu allererst der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für alle Kinder.

**Prof. Dr. Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bekräftigte dies in ihrem Eingangsstatement und machte deutlich, dass Kindertagesbetreuung ein Betrag zur Chancengerechtigkeit sein müsse. Frühkindliche Bildung sei auch ein Teil der Armutsprävention. Vor diesem Hintergrund will ihre Partei für gute Bedingungen in den Einrichtungen und für eine finanzielle Entlastung der Eltern eintreten. Sie sehe die dringende Notwendigkeit, die wissenschaftlichen Empfehlungen politisch aufzunehmen und schrittweise an der Verbesserung der Personalschlüssel zu arbeiten, denn nur unter vernünftigen Rahmenbedingungen sei auch eine erfolgreiche Bildungs- und Betreuungsarbeit möglich. Einen deutlichen Reformschritt wünscht sie sich bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Es müsse in der nächsten Wahlperiode gelingen, die Ausbildung zu reformieren, insbesondere im Hinblick auf die Zugangsvoraussetzungen und die Dauer. Dafür stünde ihre Fraktion auch in engem Kontakt mit der GEW. „Wir haben da etwa gleiche Ziele“, so Dalbert.

Fotos: Michael Schultze



**Prof. Dr. Claudia Dalbert**



**Monika Hohmann**



**Petra Grimm-Benne**

**Monika Hohmann (DIE LINKE)** bekräftigte in ihrem Statement noch einmal sehr deutlich, dass auch den Kindern aus den ärmeren Familien der unbeschränkte Zugang zu den Kita-Angeboten gewährleistet werden müsse. Im Hinblick auf die Verbesserung der personellen Rahmenbedingungen verwies sie auf den Gesetzesvorschlag ihrer Partei, die u.a. auch die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten vorsieht. Ein besserer Personalschlüssel ist deshalb notwendig, weil das Ziel der Inklusion nur erreicht werden kann, wenn in den Einrichtungen verschiedene Fachkräfte genügend Zeit für alle Kinder hätten. Dies wolle man umsetzen, wenn man in Regierungsverantwortung käme. Kritisch äußerte sie sich zu einer Berufsausbildung von Fachkräften für Kindertageseinrichtungen auf dem Niveau der Berufsfachschule. „Hier muss Fachschulausbildung gesichert werden“, so Hohmann.

Die gerechte Bezahlung aller Erzieherinnen sei notwendig und möglich.

**Petra Grimm-Benne (SPD)** konstatierte, das KiFöG sei „unter die Räder“ gekommen. Viele positive Ansätze und Möglichkeiten seien ungenutzt geblieben. Sie sprach von einem Boykott der Kommunen, die sich von vornherein gegen die Umsetzung der Gesetzesregelungen gestellt hätten. Sie verwies darauf, dass das Land die Finanzierung der verbesserten Personalschlüssel übernommen

habe und durch gesetzliche Möglichkeit der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen die Grundlage für eine bedarfsgerechte Finanzierung gelegt habe. Leider konnten sich die Kommunen und die freien Träger nicht auf Rahmenregelungen verständigen. Dabei sind Eltern, Kinder und auch Erzieherinnen z.T. auf der Strecke geblieben. Das sei für sie sehr frustrierend gewesen. In der nächsten Wahlperiode werde man deshalb die finanziellen Anstrengungen des Landes noch einmal verstärken müssen. „Wir wollen eine echte Netto-Arbeitszeit im Personalschlüssel verankert wissen und wir wollen, dass für die Umsetzung des Bildungsprogramms entsprechende Zeitressourcen zur Verfügung stehen“, so Grimm Benne. Das könne auch auf dem Verordnungswege geregelt werden. Die SPD setze sich auch weiterhin für eine gerechten Lohn für alle und die Reform der Erzieherinnenausbildung ein.

### Berichte aus der Praxis

Nach den Statements der Politikerinnen berichteten Erzieherinnen und Erzieher über ihren pädagogischen Alltag und ihre Erfahrungen bei der Umsetzung des gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages.

**Alina Birnschein** aus Halle berichtete, dass sie als „Quereinsteigerin“ ihre berufliche Perspektive in der Kindertagesbetreuung gefunden habe und seit einigen Jahren gern als Erzieherin arbeite. Sie sehe allerdings wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen deutliche Diskrepanzen zwischen ihren Ansprüchen und den tatsächlichen Möglichkeiten. Für sie sei es wichtig, dass in den Kitas Fachkräfte mit verschiedenen pädagogischen und therapeutischen Ausbildungen arbeiten würden. Die vielbeschworenen multiprofessionellen Teams seien derzeit aber eher frommer Wunsch als Realität. Sie erwarte von der Politik, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen den Anforderungen angepasst werden. Dazu gehöre auch die Anrechnung mittelbarer pädagogischer Aufgaben, wie Portfolioarbeit, Beobachtungsdokumentationen, Elternarbeit und die zusätzliche Zuarbeit für Ärzte und Ämter, auf die regelmäßige Arbeitszeit.

**Manuela Kiwatt**, Kita-Leiterin aus Burg, berichtete über die Situation in ihrer Einrichtung, in der derzeit 250 Kinder betreut werden. Sie beklagte eine permanente Unter-



**Alina Birnschein**



**Manuela Kiwatt**

Arbeit müsse aber trotzdem erledigt werden. Für sie sei in erster Linie wichtig, dass der Personalschlüssel verbessert wird. „Wir erwarten einen Netto-Schlüssel, der eine Ausfallreserve berücksichtigt.“ Als Leiterin einer Ausbildungseinrichtung für angehende Erzieherinnen erwarte sie ebenfalls klare Regelungen zur Anrechnung von Betreuungszeiten für Praktikantinnen und Praktikanten. Es sei nicht möglich, die Absolventinnen ordentlich fachlich zu begleiten, wenn dafür keine Zeit zur Verfügung stehe.

**Anett Berthold**, Erzieherin in einem Eltern-Kind-Zentrum in Halle, berichtete über ihre Arbeit in einer „Brennpunkt-Kita“ mit einem hohen Anteil von Kindern mit ausländischen Wurzeln und Kindern mit emotionalen und sozialen Problemen. „Wir kümmern uns um die Kinder und die Eltern. Dabei geraten wir regelmäßig an unsere Grenzen, denn trotz multiprofessioneller Arbeitsstrukturen können wir viele Probleme allenfalls auffangen, nicht aber lösen“, so Berthold. Es sei dringend notwendig, die personelle Ausstattung der Kitas den besonderen Aufgaben anzupassen. In Kitas werden immer mehr familienersetzende Aufgaben übernommen, was dem Grundanliegen der Kitas nicht entspreche, denn Kindertagesbetreuung sei vorrangig eine familienergänzende Aufgabe. Es werde von der Politik erwartet, nicht mehr über Möglichkeiten zu diskutieren, wo Geld gespart werden könne, sondern wo Geld investiert werden muss, um alle Kinder chancengerecht zu fördern.

**Steffen Peter**, Heilpädagoge im Kita-Eigenbetrieb Halle, unterstützte diese Forderung und verwies darauf, dass er in seiner Arbeit mit behinderten Kindern immer inklusiv denken und handeln müsse. Dabei sei der Fokus auf die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen gerichtet. Manchmal sei eine 1:1-Betreuung von behinderten Kindern nötig, um dem Gedanken der Inklusion gerecht zu werden. Das gelingt selten, weil die Personalressourcen nicht ausreichen. Er forderte kleinere Gruppen und eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels.

**Anna Franke**, Leiterin derselben Einrichtung, bekräftigte die Forderungen von Steffen Peter und verwies darauf, dass infolge der minimalen Personalausstattung, insbesondere in integrativen Kitas, häufig die Kinder ohne



**Anett Berthold**



**Steffen Peter**

besetzung. Seit geraumer Zeit müsse sie mit einer dauerhaften Ausfallquote von mehr als 30 Prozent den Kita-Alltag organisieren. Da habe man als Leiterin keinen Spielraum mehr. „Wir müssen ständig Gruppen zusammenlegen. Die Frustration der Kolleginnen und Kollegen ist groß, denn eine kontinuierliche Bildungsarbeit ist unter diesen Bedingungen nur sehr eingeschränkt möglich“, so Kiwatt. Zwar sei sie als Leiterin einer so großen Einrichtung von der Gruppenarbeit theoretisch freigestellt, in Wirklichkeit müsse sie aber ständig in den Teams aushelfen. Die andere

besonderen Förderbedarf des Nachsehen hätten. „Wir binden den Hauptteil unserer Ressourcen an die Kinder mit besonderem Förderbedarf. Für mich als Leiterin wäre es wichtig mehr sonderpädagogische und therapeutische Fachkräfte sowie Integrationshelfer/innen zur Verfügung zu haben. Darüber hinaus benötigen wir mehr Mittel für Fortbildungen“, so Franke. Sie unterstütze die Forderungen der GEW ausdrücklich, denn Qualität habe nun einmal ihren Preis.

**Heike Bierschenk**, Erzieherin aus Magdeburg, nahm diese Aussage auf und

Fotos: Michael Schultze

➔ machte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam, der für eine Teil der Erzieherinnen und Erzieher bei freien Trägern zu deutlich steigendem Ärger führt. Sie verwies darauf, dass sie und ihre Kolleginnen als Beschäftigte beim Internationalen Bund seit Jahren deutlich schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen bei der Kommune oder bei anderen freien Trägern. Gehaltsabstände bis zu 500 Euro seien inzwischen keine Seltenheit. „Wir arbeiten nach den gleichen gesetzlichen Vorgaben, mit dem gleichen Engagement und unter den gleichen schwierigen Bedingungen wie andere und werden permanent schlechter

müsse dafür sorgen, dass die Träger den Nachweis tarifgerechter Bezahlung erbringen, um Landeszuweisungen zu erhalten. In anderen Bereichen, wie bei der Schulsozialarbeit, würde das bereits erfolgreich praktiziert.

**Bastian Kowalski**, Erzieher in Magdeburg, griff dann zum Ende noch einen Schwerpunkt auf, der sowohl in den Forderungen der GEW als auch in den Diskussionsbeiträgen der Politikerinnen eine zentrale Rolle gespielt hatte. Für ihn sei es wichtig, der Ausbildung von Fachkräften mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Reform der Erzieher/innen-Ausbildung sei dabei ein wichtiger Aspekt.

Es müsse zukünftig darum gehen, die Ausbildung fachlich zu verbessern und für Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen zu öffnen. Vorpraktika im Umfang von einem Jahr seien vertane Zeit. Der Beruf wird zunehmend unattraktiv. Eine Verkürzung der Ausbildungszeit sei dabei ein Aspekt.

Ein anderer müsse die bessere Vernetzung von theoretischer und praktischer Ausbildung sein. Er forderte ein Qualitätsmanagement für die gesamte Ausbildung. Es solle damit sichergestellt werden, dass in allen Schulen und allen Ausbildungseinrichtungen nach

gleichen Qualitätskriterien ausgebildet und geprüft werde. Das, was in den Kitas bereits gesetzlich verankert sei, müsse in der Ausbildung ebenfalls gelten.

### Perspektiven benannt

In der Abschlussdiskussion stellten sich die Politikerinnen noch einmal den Fragen der Tagungsteilnehmer/innen. Eva Gerth resümierte am Schluss: „Wir haben heute erfahren, dass die Kritik der GEW an den gesetzlichen Regelungen zur Kindertagesbetreuung von SPD, LINKE und GRÜNEN an vielen Stellen geteilt wird. Wir haben auch erfahren, mit welcher Sachkunde und mit welchem Engagement in unseren Einrichtungen gearbeitet wird. Das lässt uns in zweierlei Hinsicht hoffen. Erstens: Wir werden für unsere Forderungen nach Änderungen der pädagogischen und personellen Rahmenbedingungen im Kinderförderungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode Partner im Landtag haben. Zweitens: Wir können davon ausgehen, dass viele Erzieherinnen und Erzieher bereit sein werden, sich für eine Verbesserung dieser Bedingungen einzusetzen. Nach der Wahl werden wir wieder vor den Türen der Fraktionen stehen!

Jetzt ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen und ihr Votum für eine demokratische, diskriminierungsfreie Gesellschaft abgeben“, endete sie.

Fotos: Michael Schultze



Anna Franke



Heike Bierschenk



Bastian Kowalski

bezahlt. Unser Träger hat vor zwei Jahren den bestehenden Tarifvertrag gekündigt und seit dieser Zeit bewegt sich gar nichts“, so Bierschenk. Sie und ihre Kolleginnen erwarteten von der Politik, dass der Druck auf die Träger deutlich erhöht wird. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – wer das ernst meine,

## Tarifrunde Bund/Kommunen: GEW-Forderung: 6 Prozent mehr Geld

Die Bundestarifkommission der GEW für den Bereich Bund und Kommunen hat am 17. Februar 2016 in Kassel die Forderungen für die Tarifrunde TVöD beschlossen. Am 18. Februar haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre gemeinsamen Forderungen in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern sechs Prozent mehr Gehalt und 100 Euro mehr für die Auszubildenden und Praktikantinnen bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten.

Zu den weiteren Forderungen der Gewerkschaften gehören u.a.: die Angleichung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage für Auszubildende, die unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden sowie der tarifvertragliche Ausschluss sachgrundloser Befristungen.

Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass die Arbeitgeberseite auch die betriebliche Altersvorsorge (ZVK) mit in die Verhandlungen einbringen wird. Die GEW lehnt einen Eingriff in das Leistungsrecht der Betriebsrente ab.

Die Gehaltsrunde betrifft auch die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst, die im letzten Jahr für eine Aufwertung ihres Berufsfeldes gekämpft haben. Eine angemessene Gehaltserhöhung wäre auch ein weiterer Schritt in Richtung Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes.

Die GEW setzt sich darüber hinaus für eine endgültige Abschaffung der Ost-West-Diskriminierung im Tarifvertrag ein.

Verhandlungsauftritt ist am 21. März in Potsdam. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 11. und 12. April geplant, die dritte für den 28. und 29. April 2016.

Von den Tarifverhandlungen sind in den Kommunen etwa 2,14 Millionen Tarifbeschäftigte betroffen (davon 170.000 Beschäftigte im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst und 2.000 kommunale Lehrkräfte

im Angestelltenverhältnis in Bayern), beim Bund sind etwa 140.000 Tarifbeschäftigte im Geltungsbereich.

Daniel Merbitz



Foto: Daniel Merbitz

## Kita-Eigenbetrieb Halle: Fotowettbewerb zu Arbeitsbedingungen

Am 28. Januar fand im Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle die Personalversammlung statt. Es hatten sich zu der Versammlung in der Konzerthalle mehr als 450 Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden.

Der Personalrat hat dort seinen Rechenschaftsbericht und den Ausblick auf die Aufgaben für das Jahr 2016 gegeben. Die thematischen Schwerpunkte waren die betriebliche Gesundheitsfürsorge und die Anregung einer zukunftsorientierten Personalentwicklung im Eigenbetrieb. Ein weiteres Thema war der Ausblick auf die Tarifrunde

2016 im öffentlichen Dienst/TVöD.

Im Vorfeld hatte der Personalrat einen Fotowettbewerb ausgelobt, bei dem die Arbeits- und Gesundheitsbedingungen in den Kitas im Mittelpunkt stehen sollten. Das Team der Kita „Kling-Klang“ hat nach Auszählung der abgegebenen Stimmen einen Gutschein für einen Masseur gewonnen, der die MitarbeiterInnen der Kita einmal ganztägig besuchen und behandeln wird. Die GEW Sachsen-Anhalt hat hier die Finanzierung für diese Prämie in Höhe von 200 Euro übernommen. Dafür möchten sich der Personalrat des Eigenbetrie-

bes Kindertagesstätten auch im Namen aller Kita-Teams bedanken.

Steffen Peter



Foto: Steffen Peter



Mit dem Slogan „So viele Förderschulen wie möglich, so wenig Inklusion wie nötig“, die der CDU-

## Für Verbesserungen in der gymnasialen Bildung: Chancengerechtigkeit – Gestaltungsfreiheit – Fairness

Fraktionsvorsitzende im Landtag, André Schröder, Mitte vergangenen Monats in die Medien gab, und mit der Ankündigung im CDU-Wahlprogramm, möglichst vielen Schülern schon am Anfang der 4. Klasse mit Eignungstests den Weg zum Gymnasium und damit zu höherer Bildung zu verbauen, nimmt die CDU Kurs auf eine Verfestigung negativer Bildungskarrieren.

Die durch alle Studien der letzten Jahre besonders für Sachsen-Anhalt nachgewiesene und heftig kritisierte starke Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft soll offensichtlich noch verstärkt werden. Auf diese Art wird auch das Gymnasium zum Spielball der Parteipolitik.

In dieses Bild passt auch, dass die Methoden, die zur Bewertung des Abiturs in Sachsen-Anhalt praktiziert werden, zu massiven Ungerechtigkeiten bei der Bewerbung um Studienplätze (besonders in NC-Fächern) führen. Die von der CDU favorisierte Selektion soll zu weniger Schülern an den Gymnasien führen und diesen soll dann noch die Chancengleichheit bei der Studienplatzwahl genommen werden.

Die Landesarbeitsgruppe Gymnasien im Vorstandsbe-  
reich Allgemeinbildende Schulen der GEW hat deshalb dieses Thema (wiederholt) in den Landesvorstand getragen. Die Kolleginnen und Kollegen hatten dazu zahlreiche und durchaus auch kontroverse Gespräche mit der „Aktion Faires Abi“, einer Elterninitiative, die nicht locker lassen will. Die Initiative der Landesarbeitsgruppe knüpft dabei an Bemühungen des Landeselternrates aus vergangenen Jahren an.

Dabei geht es der GEW nicht etwa um eine Verwässerung der Anforderungen. Sie fordert im Gegenteil, dass die Bedingungen für das Lernen am Gymnasium im Interesse der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und natürlich auch der Lehrerinnen und Lehrer besser werden. Weil sie wie bisher zur Schulform Gymnasium als einer wichtigen Säule in unserem Schulsystem steht, investiert die GEW ihre Kraft in die Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen, in den Abbau von Bürokratie, in weniger Konferenztätigkeit, in die Begrenzung von Aufsichtsverpflichtungen, in die Entlastung bei der Führung der neuen Girokonten, aber auch in die Umsetzung der Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, in die Beseitigung der fortbestehenden Ungerechtigkeiten in der Bezahlung der Lehrkräfte, in die Schulung von Personalräten und ehrenamtlichen

© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET



Gleichstellungsbeauftragten und insgesamt in mehr Eigenverantwortung sowie bessere Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulen.

Die Schulpolitik der GEW in Sachen Gymnasium ist darauf gerichtet, bewährte Strukturen zu erhalten und Defizite im Schulsystem zu überwinden. Dazu gehört auch, die Oberstufenverordnung auf den Prüfstand zu stellen und ihre diskriminierenden Besonderheiten zu beseitigen.

Im Übrigen wird Herr Schröder mit seiner Absage an die Inklusion weder die UN-Behindertenrechtskonvention ändern, noch das Gymnasium einmotten können. Nicht zuletzt Wirtschaftsvertreter werden verlangen, dass der Zugang zur Hochqualifizierung nicht verbaut wird.

Auch die Gymnasien werden größte Anstrengungen unternehmen müssen, um ihren Beitrag zur Inklusion und bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu leisten. Der dauerhafte Erfolg unseres Schulsystems hängt vor allem davon ab, wie uns in den nächsten Jahren der Übergang zu einem inklusiven Schulsystem gelingt, das alle Schulformen umschließt. Dafür werden alle Ressourcen und jedes Engagement benötigt. Darüber sollten sich alle politischen Kräfte Gedanken machen, statt alte Kamellen wiederbeleben zu wollen.

Eine Kollegin aus einem Gymnasium kommentierte den Schröderschen Satz ironisch so: „Wenn wir genügend Lehrernachwuchs bekommen, genügend Klassenzimmer haben und nicht mit allem möglichen bürokratischen Quatsch überhäuft werden, bin ich dafür, auch meine Schule zur Förderschule zu machen – eine Schule, an der ich jedes Kind und jeden Jugendlichen wirklich fordern und fördern kann!“

Die nachfolgenden Beiträge regen an, in dieser Richtung nachzudenken und zu handeln.



## Schullaufbahnenempfehlung: Kampfplatz um Wählergunst

Es sind mal wieder Wahlen in Sachsen-Anhalt. Das erkennt man nicht nur an den Wahlplakaten. Gefühlt zehn Mal häufiger finden wir das Thema „Schule und Bildung“ in den allgemeinen Medien. Die Schule wird zum Kampfplatz der Stimmengewinnung. Und nicht nur das. Plötzlich kommen die selbsternannten Experten zu Wort. Der Nostalgiker, bei dem früher sowieso alles besser war, das Familienmitglied, das die Kinder aktiv im Schulalltag unterstützt, und auch der Statistiker, der anhand von Zahlen und Diagrammen das Beste für die Schule kennt. Nur nicht die, die täglich in den Klassenräumen mit unseren Kindern und Jugendlichen um bestmögliche Schulabschlüsse kämpfen. Ach ja, da gibt es dann noch die ganz Ideenlosen. Die alten, kalten Kaffee aufwärmen und diesen als Super-Neuentdeckung verkaufen wollen, wie die verbindlichen Schullaufbahnenempfehlungen mit Aufnahmeprüfungen. Das hatten wir schon.

Zur Auffrischung der Erinnerungen mal einige Realitäten aus dem Schulalltag.

**Punkt 1: Elternwunsch.** Der Elternwunsch, für seine Kinder stets das Beste zu wollen, ist natürlich. Doch häufig sind Wunsch und Realität weit auseinander. Schuld daran hatte stets die Lehrkraft, denn diese zensiert viel zu streng, ungerecht und voreingenommen. Somit kam es immer häufiger zu Beschwerden und sogar Klagen gegen die Zensierung zur Schullaufbahn. Letztendlich konnte den Schulen keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden. Der Druck auf die Lehrkräfte stieg jedoch enorm. Dem hielten nicht alle stand und gingen dann den Weg des geringsten Widerstandes.

**Punkt 2: Leistungsbewertung.** Die Leistungsbewertung bleibt trotz aller Regularien niemals ganz ohne Individualität. Jede Bewertung wird von der unterrichtenden Lehrkraft stark geprägt. Wenn es sich nicht um zentrale Leistungsbewertungen handelt, kann der erlangte Zensurspiegel von Schule zu Schule sehr variabel sein.

**Punkt 3: Schullaufbahnenempfehlung.** Die Schullaufbahnenempfehlungen waren mit sehr umfangreichen Textbeurteilungen zur Zensierung versehen. Somit hat die ordentliche Grundschullehrkraft bereits Ende November mit den Formulierungen begonnen. Wenn man bedenkt, dass bis zum Ende der 2. Klasse die Kinder vorsichtig an die Leistungsbewertung herangeführt werden sollen, schlägt ab der Klasse 3 die Zensierung voll zu. Schließlich will der Lehrer durch ein weit gefächertes Spektrum eine reale Leistungsbewertung erreichen. Damit stehen alle Lehrer, Schüler und Eltern unter einem hohen Leistungsdruck. Wer dann die Empfehlung schafft, hat sein „Grundschulabitur“ in der Tasche.

**Punkt 4: Persönliches.** Ich persönlich habe in meiner Dienstzeit beides erlebt. Es gab Schüler, die ohne eine Empfehlung meinerseits zum Gymnasium wechselten und ein gutes Abitur ablegten. Es gab aber auch Schüler, die mit Empfehlung zum Gymnasium gingen und den Besuch vorzeitig abbrachen. Bauchschmerzen bereiten mir die Zuerstgenannten. Habe ich zum Zeitpunkt der verbindlichen Schullaufbahnenempfehlung Kindern den Zugang zu einem höheren Bildungsweg verwehrt? Habe ich eine Tür zugeschlagen, die vielleicht

© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET



danach nur sehr schwer wieder geöffnet werden konnte? Das würde mich bei jeder weiteren Entscheidung beeinflussen und sicherlich eher zu einem Ja als zu einem Nein führen.

Die geplante Veränderung wird unter dem Deckmantel der Stärkung von Sekundarschulen verkauft. Die Punkte zeigen jedoch, dass auch mit erneuter Einführung der verbindlichen Schullaufbahnenempfehlung keine Stärkung der Sekundarschulen erfolgt.

Um den Schulerfolg zu sichern, egal in welcher Schulform, sind regelmäßig im Jahr stattfindende Lernentwicklungsgespräche mit Eltern und Kinder sinnvoll. Die Grundschulen haben da gute Erfahrungen gemacht.

Liebe Politiker, schauen Sie doch mal genauer in die Statistiken zum erfolgreichen Lernen. Hier ist die längere Gemeinsamkeit auf einem hohen Niveau maßgeblich und keine frühzeitige Selektion. Sprechen Sie mit den Lehrern, hören Sie auf ihre Sorgen und Nöte. Schöpfen Sie aus den Erfahrungen vieler engagierter Kolleginnen und Kollegen. Die gibt es wirklich.

Besuchen Sie doch mal die Schulen. Auch die, die in ihrer baulichen Substanz kein Vorzeigeprojekt sind. Das Sparen im Land ist sicherlich notwendig, doch viele Schulträger sind kaum noch in der Lage, den Schulbetrieb vernünftig zu finanzieren.

Schaffen Sie eine solide und zweckgebundene Finanzierung für jede Schulform! Dann erreichen Sie etwas, was wirklich Bestand hat und Zustimmung findet. Und das Ganze nicht nur vor Wahlen im Land.

Mike Litschko, LAG Grundschulen

## Faires Abitur in Sachsen-Anhalt: Keine Ahnung, keine Meinung, kein Konzept

Vielen Müttern und Vätern ist das, was am Gymnasium geschieht, rätselhaft. Zum Beispiel das System der Notenpunkte.

Auch deshalb waren wir, eine handvoll Eltern aus der Harzregion, skeptisch, als wir vor zwei Jahren auf Fallstricke in der Oberstufenverordnung Sachsen-Anhalts aufmerksam wurden und die „Aktion Faires Abi“ ins Leben riefen. Aufgespürt hatte die Ungerechtigkeiten Günter Germann, ein pensionierter Gymnasiallehrer aus Halle. Mit bewunderswerter Akribie hatte er alle 16 Oberstufenverordnungen der Bundesländer verglichen und kam zu einem klaren Ergebnis: Sachsen-Anhalts Gymnasiasten werden gegenüber Schülern aller übrigen Länder grob benachteiligt. Sie müssen mehr Leistungskurse belegen, ihre Kursnoten werden abgewertet, ihre Hürden zur Prüfungszulassung sind höher und ihre Abitur-Durchschnittsnote wird nach strengerem Vorgaben ermittelt.

Konnte das wahr sein? Wir fragten Lehrerinnen und Lehrer und stellten fest: Viele kennen zwar die Maßstäbe in Sachsen-Anhalt und sehen hier Günter Germanns Fakten bestätigt. Doch was hinter den Landesgrenzen gilt, wissen die wenigsten. Also klopfen wir die Angaben selbst ab, konnten aber keinen Fehler in der Übersicht finden, im Gegenteil. Wir stellten Zeugnisbeispiele auf und ermit-

telten die jeweilige Durchschnittsnote. Das Ergebnis: Ein Schüler in Sachsen-Anhalt erhält im Extremfall einen um den Wert 0,6 schlechteren Abiturdurchschnitt als beispielsweise in Bremen – bei gleichen Zeugnisnoten!

Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass ein Studienplatz mitunter von der zweiten Stelle nach dem Komma, also von einer Hundertstel-Note, abhängt. Hier aber geht es um sage und schreibe 60 Hundertstel bei gleichen Zeugnisnoten.

Wir konfrontierten das Kultusministerium damit, erläuterten Staatssekretär Jan Hofmann (SPD) die Fakten. Unterstützt wurden wir von Prof. Armin Willingmann, dem Rektor der Hochschule Harz und Chef der Rektorenkonferenz Sachsen-Anhalt. Staatssekretär Hofmann versprach, die Angaben zu prüfen und einen Diskussionsprozess zu eröffnen. Das war vor einem Jahr. Passiert ist seitdem nichts. Auch unser Versuch, mit Hofmanns Chef, Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD), am Rande einer Veranstaltung direkt ins Gespräch zu kommen, scheiterte. Bis heute verweigert der Minister jede Diskussion über das Thema.

Dabei wäre eine Diskussion dringend notwendig. Denn bei der Quote der Abiturienten ist Sachsen-Anhalt seit Jahren





© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

Unsere Landesregierung hat dafür weder eine Erklärung noch ein konkretes Verbesserungsziel und daher kein Konzept, um Fortschritte zu erreichen.

Die derzeitige Situation verursacht jedes Jahr das Scheitern Hunderter Schüler an unseren Gymnasien, die in anderen Bundesländern das Abitur schaffen würden. Erfahrungsgemäß sind es vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien, die bei uns auf der Strecke bleiben. Gerade für einen sozialdemokratischen Kultusminister eine jämmerliche Bilanz.

Bedrückend ist die Situation aber nicht nur für die betroffenen Schüler und deren Familien. Immer mehr Lehrer erkennen: Die ungerechten Hürden entwerten auch ihre Arbeit. Denn wie sonst will man die Arbeit von Lehrern messen als am schulischen Erfolg ihrer Schützlinge? Oder glaubt heute noch jemand an das Märchen, wonach automatisch jenes Gymnasium das beste ist, an dem die wenigsten Schüler das Abitur schaffen?

Was ist zu tun?

Deutschland braucht endlich ein Abitur zu annähernd gleichen Konditionen. Das entspräche dem Willen der großen Mehrheit unserer Bürger, die die mittelalterliche Zersplitterung der Bildungslandschaft leid ist. Ein solches Abitur wäre viel weitreichender als der sogenannte gemeinsame Aufgabenpool, auf den Bildungspolitiker gern verweisen. Denn dieser ist kaum mehr als ein Etikett.

Ein Anfang könnte ein gemeinsames Abitur von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sein. Dann hätten die mitteldeutschen Länder endlich einmal ein echtes Gemeinschaftsprojekt.

Winfried Borchert, Sprecher der „Aktion Faires Abi“

➔ **Schlusslicht.** Nur 29,9 Prozent eines Jahrgangs schafften zuletzt das Abitur. In Sachsen sind es 37 Prozent, in Thüringen 39 und in Brandenburg sogar 46 Prozent.

Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Kommunikation gibt's auf [www.facebook.com/faieres.abi](https://www.facebook.com/faieres.abi)

## Reform der Oberstufenverordnung:

# Wie „fair“ ist das Abitur in Sachsen-Anhalt?

**Der Landesvorstand der GEW beschloss am 18. März 2016 „Positionen der GEW Sachsen-Anhalt zu Möglichkeiten/Notwendigkeiten der Reformierung der Oberstufenverordnung in Sachsen-Anhalt“. Wir dokumentieren an dieser Stelle den Beschluss.**

Die Redaktion

Seit längerer Zeit wird eine öffentliche und zunehmend emotionalisierte Diskussion zur Vergleichbarkeit der Bedingungen für den Erwerb des Abiturs in Sachsen-Anhalt geführt. Oftmals spielt in dieser Diskussion um ein „fares“ Abitur auch das Anforderungsniveau der Prüfungsaufgaben (z.B. im Fach Mathematik) eine wichtige Rolle. Wir halten allerdings eine Auseinandersetzung über fachliche Details von Prüfungsanforderungen nicht für zielführend, um zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation von Schülerinnen und Schülern in Sachsen-Anhalt bei der Erlangung des Abiturs beizutragen. Denn grundsätzlich gilt nach unserer Auffassung:

Die Inhalte und die Qualität des Unterrichts sowie die Anforderungen in den Abiturprüfungen in Sachsen-Anhalt sind im bundesweiten Vergleich angemessen. Die Abiturprüfungen entsprechen den Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) durch die einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA).

Unsere Kritik richtet sich aber gegen die bürokratischen Hürden für das Erreichen des Abiturs in Sachsen-Anhalt, die in der Oberstufenverordnung formuliert sind. Die Oberstufenverordnung in ihrer jetzigen Form beruht auf den durch das Kultusministerium vorgenommenen Änderungen in den Jahren 2003, 2011 und 2013. Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf den Aussagen unserer Stellungnahmen in den jeweiligen Anhörungsverfahren und sollen unsere Position in der verdeutlichen. Unsere grundsätzliche Einschätzung lautet: Die Vorgaben der Oberstufenverordnung für die Einbringungsverpflichtungen zum Abitur in Sachsen-Anhalt sind im bundesweiten Vergleich deutlich höher als die Mindestvorgaben der KMK. Dies führt zu einer Benachteiligung vor allem der Schülerinnen und Schüler, die sich in Studienfächern mit einer Zulassungsbegrenzung (NC) bewerben. Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt müssen im Vergleich zu anderen Bundesländern für den gleichen Abiturdurchschnitt einen höheren Aufwand betreiben.

Worin besteht der Mehraufwand?

In der Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.07.1972 i.d.F. vom 06.06.2013) sind die Standards für die Gesamtqualifikation zum Abitur festgeschrieben.

1. Im Punkt 8.2 werden vier oder fünf Prüfungselemente gefordert, davon mindesten drei schriftlich. In Sachsen-Anhalt sind es fünf Prüfungselemente, davon vier schriftlich.
2. Im Punkt 8.3 werden Prüfungen in zwei der drei Fächer Deutsch, Fremdsprache oder Mathematik gefordert. In Sachsen-Anhalt sind alle drei Fächer verbindliche Prüfungselemente.
3. Im Punkt 9.3.3 wird die Mindestanzahl der im Block I (Kurschuljahresleistungen) einzubringenden Leistungen in die Gesamtqualifikation auf 32 festgelegt. In Sachsen-Anhalt sind es 44.

Kein anderes Bundesland erhebt in der Gesamtschau aller drei Punkte vergleichbare Forderungen an seine angehenden Abiturientinnen und Abiturienten. Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt müssen also für das Erreichen der gleichen Gesamtqualifikation gemäß Anlage 1 der KMK-Vereinbarung im Vergleich der Bundesländer einen höheren Prüfungsaufwand betreiben, können keine Kurschuljahresleistung streichen lassen und über die Normierung in Block I auf 40 Kurschuljahresleistungen (Anlage 1) werden die einzelnen Kurschuljahresnoten zusätzlich entwertet.

Wir fordern deshalb die Änderung dieser Regelungen in der jetzigen Oberstufenverordnung unter Berücksichtigung der KMK-Vorgaben. Konkret schlagen wir vor:

1. Reduzierung der Anzahl der Einbringungsverpflichtungen unter Beachtung des Punktes 7.1 KMK-Vereinbarung von 44 auf 36 Kurschuljahresleistungen.
2. Vier statt fünf Prüfungselemente, davon schriftlich Deutsch, Mathematik und Fremdsprache oder Naturwissenschaft oder Geschichte sowie zwei Fächer auf erhöhtem Niveau und ein mündliches Prüfungsfach. Jede Prüfung wird dann fünffach gewichtet (Anlage 1 KMK-Vereinbarung).
3. Das Abitur am Fachgymnasium wird durch eine eigene Verordnung geregelt.

Weiterhin fordern wir begleitende Maßnahmen, die nicht in der Oberstufenverordnung geregelt sind:

- Der Punkt 4.18 des Leistungsbewertungserlasses soll dahingehend geändert werden, dass die Klausuren im vierten Kurschuljahr nur durch die tatsächlichen Prüflinge im jeweiligen Fach unter Prüfungsbedingungen geschrieben werden.
- Die Schulen sollen im Rahmen der Zuweisung an Lehrerwochenstunden die Möglichkeit erhalten, Förderangebote zur zieldifferenten Prüfungsvorbereitung einzurichten.



## Lehrerentgeltordnung (LEGO):

# Eingruppierungsprobleme auch am Gymnasium

**Meist ist die Nachfrage von unseren Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien nach einer Höhergruppierung im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte (TVEntgeltO-L) schnell beantwortet. Wer schon in der E 13 eingruppiert ist, der hat von diesem Tarifvertrag des Beamtenbundes auch nicht mehr zu erwarten. Trotzdem gibt es für einzelne Lehrkräfte Verbesserungen.**

### Wer profitiert?

Eine Höhergruppierung von der Entgeltgruppe E 11 in die E 12 ist für alle Lehrkräfte mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss ohne Lehrbefähigung möglich. Das trifft Kolleginnen und Kollegen mit einem Master- oder Diplomabschluss, aber auch mit einem Universitätsabschluss nach dem Recht der DDR.

Zunächst nicht ganz offensichtlich profitieren möglicherweise auch diejenigen Lehrkräfte, die sich bisher als sogenannte „Stichtagsnicht-erfüller“ bezeichnen lassen mussten, also Lehrkräfte mit einem Diplomlehrerabschluss nach dem Recht der DDR, die erst nach dem 31.12.1996 eingestellt wurden. Diese Kolleginnen und Kollegen sind ab sofort „Erfüller“, das heißt, sie werden wie vergleichbare verbeamtete Lehrkräfte eingruppiert. Diese wären laut Besoldungsgesetz in der Besoldungsgruppe A 12. Für die vergleichbaren Tarifbeschäftigten bedeutet dies nach einer Zuordnungstabelle die Entgeltgruppe E 11. „Das enttäuscht mich“, werden die Betroffenen sagen, „da bin ich doch schon!“ – Im Besoldungsgesetz gibt es jedoch für diese Gruppe ein Beförderungssamt in der A 13, was für Tarifbeschäftigte bedeutet, dass sie

in die E 13 kommen könnten. Dazu ist eine „Beförderung“ notwendig (wie bei Funktionsstellen auch).

Der Lehrerhauptpersonalrat hat das Kultusministerium aufgefordert, diese Beschäftigten in das Förderkonzept zu integrieren. Die Antwort steht jedoch noch aus, da offensichtlich das Kultusministerium mit dieser komplizierten Konstruktion vorerst überfordert ist. Der Lehrerhauptpersonalrat wird jedoch weiter drängen.

Ähnliches gilt im Übrigen auch für die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen an den BbS und Förderschulen.

### Wer geht weiterhin leer aus?

Keine zufriedenstellende Regelung gibt es für tarifbeschäftigte Funktionsstelleninhaber. Weder bei vertretungsweise noch bei dauerhaft übertragener höherwertiger Tätigkeit gilt Tarifrecht und damit eine (fast) sofortige Höhergruppierung. Auch hier werden unsere Kolleginnen und Kollegen behandelt wie die entsprechenden Beamtinnen und Beamte. Sie müssen auf Beförderungen warten, die aufs Tarifrecht übertragen werden.

Auch Ein-Fach-Lehrkräfte erhalten nach Auffassung des Finanzministeriums bisher keine Höhergruppierung. Hier wird die GEW den Klageweg beschreiten.

### Erhebliche Netto-Unterschiede?

Ungeklärt ist weiterhin ein Fakt, den viele Lehrkräfte ansprechen und der für Diskussionen in den Lehrerzimmern sorgt, der Unterschied im Nettomonatsgehalt zwischen Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten. Dieser Unterschied ist tarifvertraglich kaum zu verändern, da es eben diese beiden

Regelungssysteme gibt, und das nicht nur an den Schulen. Allerdings wäre es möglich, einen Ausgleich durch eine weitere Erfahrungsstufe innerhalb der Entgelttabelle des TV-L zu schaffen. Bisher gibt es sechs Erfahrungsstufen für die Entgeltgruppen bis E 8 und nur fünf für die Gruppen E 9 bis E 15. Dies benachteiligt alle höher qualifizierten Beschäftigten und ist eigentlich nicht zu akzeptieren. Damit müssen wir uns in künftigen Tarifrunden auseinandersetzen.

### Antragstellung notwendig?

Aus Sicht der GEW sollten alle Lehrkräfte, die eine Höhergruppierung erwarten, einen Antrag dazu an die Personalstelle des Schulaufstufens stellen. Wer sich nicht sicher ist, ob eine Höhergruppierung etwas bringt, der sollte zunächst eine Anfrage schicken. Schulaufstufens und Bezugsstellen unterstützen die Entscheidungsfindung mit entsprechenden Berechnungen.

### Nach dem 31. Juli 2016 ist keine Antragstellung mehr möglich.

Aus derzeitiger Sicht lohnt sich eine Höhergruppierung, wenn man das Lebens Einkommen betrachtet, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass man eventuell weniger Jahressonderzahlung bekommt oder der Strukturausgleich aufgebraucht wird.

Berücksichtigt werden sollte hierbei auch, dass man bei einer Höhergruppierung nicht mit der Stufe 1 in der höheren Entgeltgruppe anfängt. Es wird auf jeden Fall ein Betrag von ca. 60 Euro Brutto mehr garantiert. Das heißt, man kommt in die Stufe der höheren Entgeltgruppe, in der man mindestens 60 Euro Brutto mehr bekommt.

Eva Gerth

## Personalratsschulungen 2015/2016:

# Reger Zuspruch der Personalräte von Gymnasien

**Im Zeitraum zwischen September 2015 und Januar 2016 führte die GEW sechs Personalratsschulungen für den Bereich der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen durch.**

Viele Personalräte kennen die Arbeit und setzen sich schon lange für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Andere wurden im Mai 2015 neu gewählt und müssen sich allen Aufgaben eines Schulpersonalrates stellen. Mit arbeits- und tarifrechtlichen sowie personalvertretungsrechtlichen Themenangeboten wurden die Bedürfnisse der neu- bzw. wiedergewählten Kolleginnen und Kollegen aufgegriffen.

Großen Zuspruch fand die Schulung auch bei den Personalräten der Gymnasien, die die Angebote zur Fortbildung im Umgang mit dem Personalvertretungsgesetz aktiv nutzten. Zu Beginn der Veranstaltung erhielten die Teilnehmer Informationen über aktuelle Entwicklungen im Beamten- und Tarifrecht. Inhaltliche Schlagworte wie Aufgaben des Personalrates, Geschäftsführung und Schweigepflicht standen im Mittelpunkt des zweiten Teils der Schulung. In den schulformspezifischen Seminaren, die durch die Fachgruppen der Lehrerbezirkspersonalräte im Anschluss durchgeführt wurden, setzten sich die Schulpersonalräte anhand von Fallbeispielen und konkreten Situationen tiefgründig mit verschiedenen Aspekten ihrer

Arbeit auseinander und diskutierten die entstandenen Problemfelder.

Kollegin Kerstin Schmidt fasste eine Schulung wie folgt zusammen: „Eva Gerth referierte in gewohnt prägnanter Art über die aktuellen Entwicklungen im Tarifrecht und über gewerkschaftliche Aktionen. Im Teil 2 der Veranstaltung wurden wichtige Inhalte aus dem Personalvertretungsgesetz thematisiert. Torsten Richter gelang es auf sehr anschauliche Weise die Themen darzustellen und mit den Teilnehmern zu diskutieren. Die aussagekräftigen Arbeitsmaterialien nützen gewiss der Arbeit der Schulpersonalräte.“

Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, ihre konkreten Fragen zu stellen.“

Angela Schewe

## Anzeige

**GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500

[www.fair-childhood.eu](http://www.fair-childhood.eu)





Prof. Dr. em. Hartmut Wenzel ist Professor für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik. Er begleitete in den Jahren 2007 bis 2010 den Bildungskonvent als Experte.



## Bildungspolitische Diskussionsreihe zum Bildungskonvent: Rückblick mit vielen aktuellen Bezügen und Wünschen

Zwischen Oktober 2015 und Februar 2016 hat Prof. Hartmut Wenzel an der Martin-Luther-Universität in Kooperation zwischen dem Pro Schule e.V. und dem Zentrum für Schul- und Bildungsforschung (ZSB) der Martin-Luther-Universität eine bildungspolitische Diskussionsreihe zum Bildungskonvent veranstaltet. Die Redaktion sprach mit ihm über seine heutige Sicht auf den Bildungskonvent und den Ertrag der Veranstaltungsreihe.

Die Redaktion

Herr Wenzel, wie kamen Sie auf die Idee, sich erneut dem Bildungskonvent zuzuwenden und was wollten Sie damit erreichen?

Ziel dieser Diskussionsreihe war es, nachzufragen, was aus den Empfehlungen des Bildungskonvents von 2010 geworden ist. Nach Abschluss seiner Arbeit ist es um den Bildungskonvent und seine Empfehlungen recht ruhig geworden. Dabei hatte Kultusminister Dorgerloh zu Beginn seiner Amtszeit betont, dass er die Empfehlungen umsetzen wolle. Es reizte mich, gegen Ende der Legislaturperiode zu prüfen, was durch den Bildungskonvent bewirkt werden konnte. Dabei sollten einzelne Sachthemen, zu denen sich der Bildungskonvent geäußert hat, diskutiert werden: Einerseits kritisch im Hinblick darauf, was eingelöst werden konnte oder (noch) nicht, aber auch konstruktiv bezogen auf aktuelle bzw. neue Herausforderungen und Aufgabenstellungen.

Ein weiteres Ziel war es, übergreifend zu fragen, ob solch ein doch recht aufwändiges Instrument wie der Bildungskonvent geeignet ist, bildungspolitische Kontroversen zu einem nachhaltigen Konsens zu führen. Ich finde die Frage spannend, ob es sich eventuell lohnt, einen neuen Bildungskonvent einzusetzen, oder ob doch andere Instrumentarien zur Förderung bildungspolitischer Entscheidungen erforderlich sind.

Ehe wir auf diesen spannenden Aspekt zurückkommen, erst einmal die Frage, welche Themen denn behandelt wurden und welche Feststellungen zur Wirkung des Bildungskonvents getroffen werden konnten?

Das Themenspektrum der Diskussionsreihe, das auf den Empfehlungen des Bildungskonvents fußte, reichte von Fragen der Schulstruktur, des Lehrbedarfs und der Lehrerbildung, der Inklusion, der frühkindlichen Erziehung und Bildung, der Schulsozialarbeit bis zum Zukunftsthema „Regionale Bildungslandschaften“. Es ist in den verschiedenen Diskussionsrunden gelungen, bildungspolitische Akteure zusammenzubringen, die zumeist selbst am Bildungskonvent beteiligt waren oder aber in den verschiedenen Themenbereichen Verantwortung bei der Umsetzung hatten. So waren die Runden zumeist hochkarätig besetzt.

Das ist wahrlich ein ganzes Bündel aktueller bildungspolitischer Themen. Was wurde denn zur Wirksamkeit des Bildungskonvents bezüglich dieser Themen herausgefunden? Es wurde ganz klar herausgestellt, dass die bildungspolitische Entwicklung in Sachsen-Anhalt durch den Bildungskonvent einen deutlichen Impuls erhalten hat. Das gilt z.B.

hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung der Gemeinschaftsschule. Kritisch kann hier zwar angemerkt werden, dass die Errichtung von Gemeinschaftsschulen nur schleppend begonnen hat. Positiv kann aber festgehalten werden, dass in den letzten Jahren der aufreibende konfrontative Streit zur Schulstruktur weitgehend entfallen ist. Offensichtlich hat es auf der Linie der Empfehlungen des Bildungskonvents Fortschritte z.B. zu längerem gemeinsamen Lernen, zu größerer Flexibilität in den Schullaufbahnen und zum Abbau von Bildungsbarrieren gegeben. Wenn bisher auch nicht alle Wünsche entsprechend der Empfehlungen des Bildungskonvents erfüllt werden konnten, so ist – so wurde mehrfach betont – das Glas doch angefüllt worden. Ob noch halb leer oder schon halb voll, ist dann abhängig vom jeweiligen Standpunkt. Auf jeden Fall wurden Voraussetzungen geschaffen, die eine Weiterentwicklung im Sinne der Bildungskonventsempfehlungen ermöglichen. Gerade Schulstrukturentwicklungen, die dann auch im Konsens getragen werden, benötigen Zeit.

Gilt diese Einschätzung auch für andere Themen, etwa hinsichtlich des Lehrbedarfs?

Hinsichtlich des Lehrbedarfs hat der Bildungskonvent ja lediglich auf die staatliche Verantwortung, eine nach Umfang und Qualität ausreichende Lehrerschaft sicherzustellen, hingewiesen. In der Diskussion zum Lehrbedarf wurde sehr deutlich, dass hier die Auffassungen etwa des Kultusministeriums bzw. genauer: des Finanzministeriums einerseits und der GEW andererseits sehr weit auseinander lagen. Hier hat es durchaus eine deutliche Annäherung gegeben, die aktuell zu verstärkten Einstellungen in das Lehramt und zur Ausweitung der Stellen für die Zweite Phase führten. Die gerade zum Schuljahresanfang noch einmal als brisant erlebte dünne Personaldecke im Schulbereich sowie die problematische Altersstruktur der Lehrerschaft, führt absehbar zu erheblichen Problemen. Vermutlich haben wir es in den nächsten etwa zehn Jahren mit einer Situation zu tun, in der jeweils mehr Lehrkräfte altersbedingt ausscheiden als – zumindest derzeit – in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden. Diese generelle Problemkonstellation verschärft sich noch für einzelne Fächer z.B. im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Will man also dem Hinweis des Bildungskonvents folgend eine nach Umfang und Qualität ausreichende Lehrerschaft sicherstellen, dann benötigt es neben der erheblichen Ausweitung der Kapazitäten der Lehrerbildung auch viel Kreativität beim Gewinnen von Lehrkräften z.B. auch als Seiteneinsteiger. Das bereitet natürlich Sorgen hinsichtlich der Qualität.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob denn bei der Bewältigung der zu erwartenden riesigen Probleme ein neuer Bildungskonvent helfen könne.

Diese Frage wurde klar verneint, weil ein Bildungskonvent eher auf längere Erkenntnisprozesse und Zielklärungen angelegt ist, zur Problembearbeitung aber konkretes Handeln erforderlich ist. Dies könnte z.B. durch eine interministerielle Arbeitsgruppe oder task

force eher geleistet werden als durch einen Bildungskonvent.

Das ist nachvollziehbar ein gewichtiges Problem und ebenso eine Grenze in Bezug auf die direkte Wirksamkeit eines Bildungskonvents. Zumal dieser keine Entscheidungen trifft, sondern lediglich Empfehlungen abgibt. Wir sollten darauf noch einmal zurückkommen. Aber bleiben wir doch erst einmal bei den Wirkungen auch in anderen Bereichen.

Bezüglich der Themen Inklusion und Frühkindliche Erziehung und Bildung konnte festgestellt werden, dass in den vergangenen fünf Jahren in Sachsen-Anhalt eine ganze Menge positive Entwicklungsschritte auch auf der Linie der Empfehlungen des Bildungskonvents getan wurden. Das gilt stärker für die frühkindliche Erziehung und Bildung als für Inklusion. Die Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung zeigen, dass der Grad der Ganztagsbetreuung für Kinder bis unter drei bei uns in Sachsen-Anhalt besser ist als in allen anderen Bundesländern. Zudem wurde für die qualitative Entwicklung eine konzeptionelle Basis geschaffen und auch in Fortbildungen umgesetzt, die keinen Vergleich scheuen muss. Dennoch gibt es für die Zukunft noch viel zu tun etwa hinsichtlich der Gruppengrößen und der Berücksichtigung von Vorbereitungszeiten.

Licht und Schatten gibt es auch bezüglich der Bemühungen um Inklusion. Der prozentuale Anteil inklusiv beschulter Kinder ist deutlich gewachsen. Dennoch gehört Sachsen-Anhalt noch immer zur Spitzengruppe der Länder, in denen Kinder mit Förderbedarf getrennt beschult werden. Hier gibt es also noch viel zu tun, um etwa den Empfehlungen des Bildungskonvents und den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden.

Das leuchtet ein. Beides sind ja bildungspolitisch brisante Themen, in denen es in den zurückliegenden Jahren zu heftigen Kontroversen kam, ja sogar zum Streik. Hier kam der im Bildungskonvent erreichte Konsens bei der Umsetzung in praktische Politik offenbar wiederholt an Grenzen, zumal ja auch ganz unterschiedliche Akteure angesprochen sind.

Bezüglich der Schulsozialarbeit kann festgestellt werden, dass es hier zu einem ganz beträchtlichen Ausbau kam. Dieser konnte jedoch vor allem deshalb erfolgen, weil hierfür aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Eine Empfehlung des Bildungskonvents konnte jedoch noch nicht realisiert werden, nämlich die Überführung der derzeitigen EU-finanzierten Programme zur Schulsozialarbeit in staatlich finanzierte Regelangebote. Das ist aber extrem wichtig, denn die EU-Förderung ist ja nur zeitlich begrenzt vorhanden. Reserven bestehen auch bezüglich der Intensität der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Allerdings haben die eingerichteten Netzwerkstellen für Schülerfolg einen wichtigen Beitrag zur Qualitätsentwicklung der Schulsozialarbeit geleistet. Überhaupt ist verbesserte Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren im Bildungsbereich eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dies gilt besonders für das Thema „Regionale Bildungslandschaften“. Bei diesem Thema



konnte auf einige sehr schöne Projekte in unserem Land verwiesen werden, etwa auf den Campus Technicus in Bernburg. Der Aufbau von Bildungslandschaften im Sinne dauerhafter regionaler Strukturen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Institutionen, wie ihn etwa der Deutsche Städtetag bereits seit 2007 und auch der Bildungskonvent vorschlägt, bleibt allerdings noch weitgehend Zukunftsmusik.

**Ich denke, wir sind jetzt an dem Punkt, an dem die anfangs gestellte Frage nach der Wirksamkeit des Bildungskonvents erneut aufgegriffen werden sollte. Also – wie es in der letzten Diskussionsrunde der Reihe hieß – Bildungskonvent: Top oder Flop?**

Ja, darauf möchte ich gern noch eingehen. Aufgrund der Aussagen der Teilnehmer an der Abschlussrunde lassen sich folgende Einschätzungen festhalten: Der Bildungskonvent war damals, als er eingerichtet wurde nicht nur sinnvoll sondern geradezu notwendig. Es musste ein Weg aus den vielen bildungspolitischen Konfrontationen hin zu nachhaltiger, verlässlicher Entwicklung gefunden werden. Hier haben die intensiven Diskussionen und die Heranziehung wissenschaftlicher Expertise in wichtigen Orientierungsfragen zu einem zumindest zeitweise tragfähigen Konsens geführt. Das gilt z. B. für die Verankerung der Gemeinschaftsschule als eine weitere Regelschulform, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Wichtig für die parlamentarische Arbeit war aber neben dem intensiven Austausch über Standpunkte und ihre Begründungen, was zu tragfähigen Kompromissen führte, dass durch die Arbeit im Bildungskonvent die Arbeitsatmosphäre in den Ausschüssen sich ganz erheblich verbessert hat: Man kann miteinander reden und zu Kompromissen kommen.

Ganz augenscheinlich trifft aber auch die Erfahrung zu, die insbesondere Kultusminister Dorgerloh berichtete, dass der Konsens in den Empfehlungen des Bildungskonvents noch nicht quasi automatisch zu Beschlüssen im Parlament führte. Hier kommen im parlamentarischen Raum ganz andere Interessen und Zwänge mit ins Spiel, sodass nicht alles so rasch und konsequent umgesetzt werden konnte, wie erhofft. Für die meisten Entwicklungen muss auch die Finanzierung sichergestellt werden, ehe sie verwirklicht werden können. Das gute war aber, dass durch die Empfehlungen Leitlinien aufgezeigt waren, denen man zum Teil auch heute folgen kann. Wiederholt wurde diese Einschätzung durch die Teilnehmer an den Diskussionsrunden bestätigt.

Da die Teilnehmer an den Diskussionsrunden nach längerer Zeit wieder einmal in die Empfehlungen des Bildungskonvents von 2010 schauen mussten, stellten sie fest, dass diese Empfehlungen vielfach noch immer als sinnvolle Orientierung dienen können. Insoweit hat der Bildungskonvent Wirksamkeit und Nachhaltigkeit bewiesen und einen Beitrag für eine konsensgetragene Bildungspolitik geleistet. Allerdings droht der Konsens in Wahlkampfzeiten zu zerbröseln.

Eins wurde jedoch recht einheitlich eingeschätzt: Derzeit benötigen wir keine Neuauflage des Bildungskonvents. Aktuell sind vielmehr Umsetzungen der Empfehlungen erforderlich sowie aktuelle Entscheidungen in Problemsituationen etwa bezüglich des Lehrerberufs. Eine interministerielle task force mit Entscheidungskompetenz wäre hier hilfreich. Intensiv gilt es auch daran zu arbeiten, dass die positiven Entwicklungen im Bildungsbereich, die etwa in der Schulsozialarbeit mit Hilfe von EU-Förderung ermöglicht wurden, nach Auslaufen der Projektförderung regelgefordert aufrecht erhalten werden. Wenn auch derzeit ein neuer Bildungskonvent nicht erforderlich scheint, so könnte es in zehn bis zwanzig Jahren durchaus sinnvoll sein, zur erneuten Herstellung von Konsens in einer veränderten gesellschaftlichen Situation wieder einen solchen einzurichten. Wir wissen ja alle nicht, welche Konsequenzen aus der technischen Entwicklung für Arbeitswelt und Bildung entstehen. Insgesamt war also der Bildungskonvent eine sinnvolle Angelegenheit, die durchaus in gewissen zeitlichen Abständen wiederholt werden sollte.

**Herr Wenzel, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

## Fortbildung für Erzieherinnen:

### Interkulturelle Öffnung der Kita

Um Begegnungen zwischen Pädagoginnen/Pädagogen, Kindern und Eltern unterschiedlicher Herkunft konstruktiv zu gestalten, brauchen Einrichtungen ein ressourcenorientiertes Konzept sowie ein interkulturell kompetentes Personal. Darüber hinaus brauchen Kitas Informationen zu vorhandenen Hilfen, Materialien und Netzwerkpartnern, denn die Zusammenarbeit mit Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund kann für Kitas Zugewinn, Verunsicherung und Missverständnisse zugleich bereithalten.

Ziel der Fortbildung ist es, Wege aufzuzeigen, wie die Zusammenarbeit zufriedenstellend gelingen kann: Wie können sich Kitas auf die neuen Herausforderungen vorbereiten? Welche Unterstützungsangebote können genutzt werden? Welche vielsprachig ausgerichteten Materialien stehen schon zur Verfügung, um die Familien besser zu informieren und miteinzubeziehen? Wohin kann man sich wenden, wenn Sprachmittler, Weiterbildungsangebote und Projektideen gefragt sind?

Im Rahmen der Veranstaltung sollen Informationen vermittelt, Materialien ausgehändigt, Bedarfe diskutiert und Vereinbarungen getroffen werden. Darüber hinaus geht es um eine prägnante und kurzweilige Beleuchtung der Themen rund ums interkulturelle Lernen mit Hilfe verschiedener Übungen und Video- und Bildmaterialien. Referenten sind Mamad Mohamad und Franziska Schramm von der „Servicestelle interkulturelles Lernen in Kita und Schule“.

Die Fortbildung wird vom GEW-Kreisvorstand Magdeburg organisiert und findet **am Mittwoch, den 23. März 2016, von 09:30 bis 16:00 Uhr, im GEW-Kreisverband, Hafenstraße 9a (Lokschuppen), 39106 Magdeburg**, statt. Anmeldungen bitte nur schriftlich unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an [gew.magdeburg@gew-lsa.de](mailto:gew.magdeburg@gew-lsa.de). Für Mitglieder der GEW ist diese Fortbildung kostenfrei, Nichtmitglieder entrichten einen Teilnehmerbeitrag von 35 Euro. Ein Imbissangebot vor Ort ist sichergestellt.

Carola Maletzki

## Lehrer/innen-Fortbildung:

### Die digitale Arbeitswelt

Mit der zunehmenden Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche sind auch enorme Veränderungen in der Arbeitswelt verbunden. Auf welche Arbeitswelt müssen sich Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler vorbereiten? Was bedeuten die Veränderungen für die schulische Berufsorientierung? Wer wird künftig überhaupt noch gebraucht? Wie können die Schülerinnen und Schüler und angehende Auszubildende dazu befähigt werden, ihre Berufsbiografie zu gestalten und in der digitalen Arbeitswelt ihre Interessen zu vertreten? Wie bilden Betriebe für diese Arbeitswelt aus?

Diese und andere Fragen sollen im Seminar, im Gespräch mit gewerkschaftlichen Experten vermittelt sowie über eine Betriebserkundung bearbeitet werden. **Das Seminar richtet sich an Lehrkräfte aller Schulformen, insbesondere der Sekundarstufen I und II, und findet vom 29. Mai (Anreise möglich) bis 1. Juni 2016 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin statt.** Die Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen.

**Kontakt:** Martina Schmerr, Tel.: 069 78973-322, E-Mail: [Martina.Schmerr@gew.de](mailto:Martina.Schmerr@gew.de)

## GEW-Sportkommission:

### Jahrestagung

Im Frühjahr findet traditionell die Jahrestagung der Sportkommission beim Hauptvorstand der GEW statt, auf der sowohl aktuelle als auch grundlegende Fragen im Zusammenhang von (Schul-)Sport und Bildungspolitik erörtert und gewerkschaftliche Positionen beschlossen werden. Die Sportkommission versteht sich als Netzwerk der an diesen Fragen interessierten und arbeitenden Personen in der GEW.

**Die diesjährige Tagung findet am Freitag, 29. Mai, und Sonnabend, 30. Mai, in Göttingen statt.**

Vorläufig stehen u.a. folgende Themen zur Beratung an: • Schulsport und Flüchtlinge/Flüchtlingskinder, • Arbeit mit den sport- und bildungspolitischen Positionen der GEW, • Sportabitur für Jugendliche mit körperlichen Behinderungen. Weitere Informationen bei Norbert Baumann, [info@gew-lsa.de](mailto:info@gew-lsa.de). Anmeldungen bitte bis zum 20. März an die o.g. E-Mail-Adresse.

### Frauentag in Dessau: Kaffeeklatsch

Der GEW-KV Dessau lädt interessierte Kolleginnen anlässlich des Internationalen Frauentages zum „Kaffeeklatsch“ **am 8. März von 15.00 bis 17.00 Uhr in den „Krötenhof“ in Dessau** ein.

S. Jarygin





## 23. Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt: Die Fortbildungsinstanz in neuer Umgebung

**Termin:** 27. bis 29. Juni 2016

**Ort:** Atrium Hotel Amadeus in Osterfeld (Burgenlandkreis)

Die 23. Sommerakademie der GEW bietet für alle Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen, Horten, Staatlichen Seminaren, Hochschulen, Kindertagesstätten sowie Einrichtungen freier Träger interessante Seminare an:

**1. „Die Anderen und Ich – interkulturelle Begegnungen gestalten“**

Auch in der Schule werden interkulturelle Begegnungen alltäglich. Schüler und Lehrkräfte mit und ohne Migrationshintergrund lernen und arbeiten miteinander. Neben inhaltlichen Impulsen über „kulturelle Prägungen“ werden in diesem Workshop Übungen und Methoden vorgestellt, die deutlich machen, wie interkulturelle Begegnungen erfolgreich gestaltet werden können. Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Fragen und Erfahrungen aktiv einzubringen. (Mathias Kühne, Bildungsreferent und systemischer Coach)

**2. „Gutes Lehren ohne Selbstausbeutung“**

Der Workshop dient dazu, sich der eigenen Bedürfnisse und Ressourcen als auch der Grenzen bewusst zu werden und die innere Belastungsdynamik zu erkennen. Der Fokus auf die eigene Persönlichkeit eröffnet einen individuellen Gestaltungsspielraum zur Stärkung der Selbstwertschätzung. Es werden Strategien und Wahrnehmungstechniken erarbeitet, die einen konstruktiven Umgang mit dem Kontakt zu sich selbst und der Außenwelt fördern. (Dr. Anja Kranich, N-Prozessmoderatorin)

**3. „Die eigene Mitte wiederfinden“**

Lernen Sie Ihre eigene Mitte (wieder)erkennen-, schätzen und stabilisieren u.a. mit Übungen aus dem Qigong und aus dem Ganzkörpertraining von Joseph Pilates. Es werden Entspannungstechniken vorgestellt, um sich vom Berufsalltag zu erholen. Bei den Entspannungsübungen, z.B. auf der „Reise durch den eigenen Körper“, werden Sie mit der Klangschale begleitet und erfahren, wie Sie diese Übungen in Ihren Alltag integrieren können. Unbedingt mitzubringen sind: lockere Kleidung, rutschfeste Socken, Gymnastikmatte, kleines Kopfkissen, großes Handtuch und Decke. (Annett Kaden, Entspannungstrainerin)

**4. „Einblick in die Videoarbeit mit Kindern und Jugendlichen – Ausblick für die Pädagogik“**

In diesem Grundlagenseminar wollen wir uns kreativ mit der Videoarbeit auseinandersetzen. Im Mittelpunkt stehen stilistische Gestaltungs-

mittel, Erzählweise, Bildgestaltung und Kamerabedienung im Film bzw. Grundlagen der Schnittgestaltung und Informationen zur Veröffentlichung von Filmen im Internet. Gleichzeitig geht es um die Nutzung von Videoarbeit in der pädagogischen Arbeit (Portfolio, Präsentationen, Filmische Erarbeitung von Themen) um rechtliche Grundfragen beim Videodreh in pädagogischen Zusammenhängen. Für dieses Seminar sind keine Vorkenntnisse notwendig. Die Technik wird gestellt. (Juliane Epp, Jörg Kratzsch; fjp media)

**5. „Gemeinsam statt einsam (lernen)“**

Tauschen Sie mit einem Freund einen Apfel – prima, dann hat jeder wieder einen. Tauschen Sie jedoch jeder einen Gedanken mit dem anderen – dann hat jeder zwei. Ausgehend von diesem Grundgedanken Platons werden verschiedene Möglichkeiten kooperativen Lernens vorgestellt. Sie erfahren vom Leitsatz der Think-Pair-Share-Methode. Im Workshop geht es ans Ausprobieren. Sie entwickeln eigene Ideen und Materialien für Ihren Unterricht. (Heike Szebrat, Sekundarschullehrerin)

**6. „Bewegte Schule nach der Franklin-Methode“**

Das Seminar zeigt Ihnen, wie Bewegung in den Schulalltag der Schüler und Lehrer integriert werden kann. Sie erleben bewegte Anatomie zum Verstehen von Bewegungsabläufen, Imaginationen, die Bewegungsabläufe verbessern und kleine, einfache Bewegungsanleitungen, die im Klassenraum schnell umgesetzt werden können und bei vielen körperlichen Problematiken Abhilfe schaffen. Für dieses Seminar brauchen Sie bequeme Kleidung und vor allem Freude die Anatomie des Körpers im Bewegen zu erleben. (Christiane Maneke, Bewegungspädagogin)

**7. „Kreativ experimentieren – Zentangle®, ein innovativer Zeichentrend aus Amerika“**

Fast jeder kann mit der Zentangle®-Methode traumhaft schöne kleine Kunstwerke schaffen. Zentangle® fördert nicht nur die Konzentration und Kreativität, sondern steigert auch das persönliche Wohlbefinden. Die Teilnehmenden erhalten in der Veranstaltung Input für einen kreativen und interessanten Unterricht, es werden Grundmuster der Methode vermittelt und eigene Ideen praktiziert. Besonders die Gestaltelemente Punkt, Linie und Fläche stehen dabei im Mittelpunkt der Ideenfindung. Die Teilnehmenden werden gebeten, ein Bild/Passbild von sich mitzubringen. (Katrin Rudloff, Fortbildnerin)

Die Online-Anmeldung sowie weitere Informationen zur Sommerakademie findest du auf unserer Internetseite [www.gew-sachsenanhalt.net](http://www.gew-sachsenanhalt.net)

### Verbindliche Anmeldung zur 23. Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt 27. bis 29. Juni 2016

Anmeldungen bitte bis spätestens 13. Mai 2016 an: GEW Sachsen-Anhalt, z.Hd. Bärbel Riethausen, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, E-Mail: [baerbel.riethausen@gew-lsa.de](mailto:baerbel.riethausen@gew-lsa.de) (Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!)

Name, Vorname: .....

Anschrift: .....

Tel. priv.: ..... Tel. dienstl.: .....

E-Mail: .....

Einrichtung: .....

GEW-Mitgliedsnummer: ..... GEW-Kreisverband: .....

Seminar-Wunsch 1 (Nr.) ..... alternativ Seminar-Wunsch 2 (Nr.) .....

Übernachtung: ☐ EZ ☐ DZ mit .....

Kinderbetreuung (Name, Alter): .....

Die Stornierungsmodalitäten sind bekannt und werden von mir akzeptiert.

Datum: ..... Unterschrift: .....

#### Organisatorische Hinweise:

Die Sommerakademie ist als Fortbildungsmaßnahme für Lehrkräfte (WT-Nummer 2016-500-07) und auch als Bildungsveranstaltung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz (Reg.Nr. wird nachgereicht) anerkannt.

Aufgrund der Refinanzierungssituation mussten in diesem Jahr einige Änderungen vorgenommen werden: Die Teilnehmer/innen-gebühren betragen für Mitglieder der GEW 120 Euro, für andere Teilnehmer/innen wird ein Unkostenbeitrag von 270 Euro erhoben (die Beiträge sind steuerlich absetzbar); wer noch vorher Mitglied der GEW wird, bezahlt selbstverständlich den geringeren Beitrag. Eine Betreuung von Kindern im Alter von 5 bis 12 Jahren wird angeboten, der Unkostenbeitrag für jedes Kind beträgt 45 Euro. Reisekosten werden von der GEW nicht erstattet.

Verbindliche **Anmeldungen bis zum 13. Mai 2016** an: GEW Sachsen-Anhalt, z.Hd. Bärbel Riethausen, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, E-Mail: [baerbel.riethausen@gew-lsa.de](mailto:baerbel.riethausen@gew-lsa.de). Anmeldungen nach dem 13. Mai 2016 können nicht mehr angenommen werden. Voraussetzung für die Berücksichtigung der Anmeldung der GEW-Mitglieder ist eine satzungsgemäße Beitragszahlung. Nach Anmeldung erhalten die TeilnehmerInnen eine Bestätigung und eine Zahlungsaufforderung zur Einzahlung der Teilnehmergebühren bzw. Unkostenbeiträge (Kinderbetreuung) nebst verbindlichem Zahlungstermin. Ist bis zu diesem Termin kein Zahlungseingang zu verzeichnen, kann die Anmeldung nicht berücksichtigt werden. Eine Benachrichtigung über die Nichtberücksichtigung der Anmeldung erfolgt nicht.

Wir weisen darauf hin, dass auch in diesem Jahr Stornierungsgebühren erhoben werden, wenn eine Teilnahme abgesagt werden muss. Die Stornofristen bzw. -gebühren betragen: Stornierung bis 90 Tage vorher – kostenfrei; Stornierung bis 45 Tage vorher – 50% der Teilnahmegebühren; Stornierung bis 30 Tage vorher – 70% der Teilnahmegebühren; Stornierung ab 10 Tage vorher – 90% der Teilnahmegebühren.

Telefonische Rücksprachen dienstags von 9.00 bis 17.00 Uhr unter der Telefonnummer 0391-73 55 430 oder 0391-73 55 446.



## Die GEW gratuliert im März

### 95 Jahre

**Heinz Hanisch**, Naumburg

### 92 Jahre

**Margot Teige**, Eilsleben

### 91 Jahre

**Rolf Grünewald**, Holzweißig

### 90 Jahre

**Helga Prange**, Wefensleben

### 88 Jahre

**Werner Heise**, Magdeburg

### 87 Jahre

**Eva Weiss**, Magdeburg

**Werner Ibold**, Oberröblingen

**Walter Patzak**, Bitterfeld-Wolfen

**Horst Plümecke**, Magdeburg

**Ohloff Glasneck**, Halle

**Klaus Kersten**, Ilsenburg

### 85 Jahre

**Ilse Mommert**, Haldensleben

**Johanna Zibula**, Herford

**Christa Nowomiejski-Gaartz**, Halle

### 84 Jahre

**Annemarie Wölffling**, Halle

**Manfred Humprecht**, Halle

### 83 Jahre

**Erna Zeumer**, Sangerhausen

**Gerda Girke**, Halle

**Rudolf Hanisch**, Ermsleben

**Günter Seitz**, Gerbstedt

**Hans-Joachim Hamann**,

Wanzleben

### 82 Jahre

**Helga Kröber**, Leipzig

**Christa Zander**, Güntersberge

**Gerda Fellner**, Magdeburg

**Waldemar Rienecker**, Bernburg

**Sigrid Marks**, Magdeburg

**Hanna Matiebe**, Gerbstedt

### 81 Jahre

**Theodor Dzul**, Burg

**Lothar Huchthausen**, Arneburg

**Maritta Nitzsche**, Magdeburg

**Renate Grossert**, Dessau-Roßlau

### 80 Jahre

**Hannelore Bauermann**, Samswegen

**Gisela Hahn**, Wernigerode

**Berta Stenzel**, Klostermansfeld

**Ingrid Meister**, Westerhausen

**Gisela Birnbaum**, Wolmirstedt

**Joachim Gößling**, Derenburg

**Friedrich-Wilhelm Schurich**,

Magdeburg

### 79 Jahre

**Gisela Röber**, Bernburg

**Werner Lukas**, Halle

**Sigrid Gerlach**, Ebendorf

**Regina Blumstengel**, Zerbst

**Jutta Dämelt**, Magdeburg

**Irmgard Herbert**, Neuborna

**Peter Born**, Pretzsch

**Ruth Scheller**, Magdeburg

### 77 Jahre

**Herbert Heinemann**, Heimbürg

**Renate Berghoff**, Dessau-Roßlau

**Edith Krieg**, Bernburg

**Brigitte Schulz**, Dessau-Roßlau

**Dr. Janusch Daum**, Magdeburg

**Rosemarie Britzke**, Wendgräben

**Hans-Jürgen Baumann**, Köthen

**Renate Gerlach**, Gehrendorf

**Maritta Schulka**, Naumburg

**Dr. Ralf Fischer**, Halle

### 76 Jahre

**Dietlinde Radke**, Köthen

**Heide Rosentreter**, Tangermünde

**Erika Lahmann**, Salzwedel

**Kriemhild Henze**, Wittenberg

**Marlies Schade**, Zahna

**Jörg Kunze**, Halle

**Hannelore Weissenburg**, Bennstedt

**Eckhard Dumjahn**, Kusey

**Elisabeth Schmikale**, Querfurt

**Hans-Dieter Busse**, Tangermünde

**Dr. Barbara Sparschuh**, Zeitz

**Ewald Koch**, Wegenstedt

**Christina Kandziora**, Seddiner See

**Gerda Schabirosky**, Halle

**Ursula Zimmermann**,

Groß Rosenburg

**Ottomar Hesse**, Randau

**Brigitte Fitzke**, Magdeburg

### 75 Jahre

**Elvira Ganzer**, Stendal

**Renate Helmecke**, Hausneindorf

**Gustav Marchal**, Biederitz

**Dr. Anita Deuschle**, Halle

**Regina Fröbel**, Naumburg

**Edeltraut Merkel**, Bitterfeld

**Hannelore Schulze**, Köthen

**Dr. Günter Rieske**, Leipzig

**Regina Weigt**, Sangerhausen

**Eva Weissenborn**, Gerwisch

### 74 Jahre

**Sigrid Werner**, Landsberg

**Marie Kaluza**, Otleben

### 73 Jahre

**Hannelore Blüthgen**, Magdeburg

**Hanna Thiele**, Wolferode

**Hartmut Adam**, Allerstedt

**Heidrun Otto**, Bernburg

**Klaus Werner**, Landsberg

**Elke Beck**, Obhausen

**Gerda Öischläger**, Leitzkau

**Brigitte Schulze**, Halle

**Hartmut Siebert**, Zerbst

**Hella Eggstein**, Hödingen

**Verena Hagemeyer**, Rossbach

**Hans-Jürgen Bienemann**,

Benzingerode

### 72 Jahre

**Inge Krebs**, Zerbst

**Renate Märtens**, Halle

**Renate Stehr**, Weißenfels

**Sieglinde Schulze**, Lindau

**Gisela Zollner**, Wittenberg

**Monika Semerak**, Haldensleben

**Bärbel Wallisch**, Zerbst

**Ingeborg Hampel**, Haldensleben

**Annelie Ahrens**, Badersleben

### 71 Jahre

**Brigitte Kramer**, Eulau

**Hannelore Diemunsch**, Zerbst

**Bärbel Gruhle**, Leuna

**Margitta Pannwitz**, Rodleben

**Sigrid Tschötschel**, Gorenzen

### 70 Jahre

**Christina Stenzel**, Schulpforta

**Dr. Horst Schewitz**,

Benneckenstein

**Dr. Wolfgang Heckmann**,

Magdeburg

**Inge Jörg**, Wittenberg

## GEW-Senioren Stendal:

### Veranstaltungen 1. Halbjahr

Di., **8. März**, um 14.30 Uhr Frauentagsfeier auf dem Restaurantschiff „Störtebecker“ in Tangermünde (verantw.: Kollegin Otte, Kollegin Rosentreter)

Di., **12. April**, um 10.00 Uhr Kegeln im Dorfgemeinschaftshaus in Groß Schwarzlosen, anschließend Mittagessen (verantw.: Kollegin Lange, Kollegin Bollfraß)

Do., **26. Mai**, um 14.00 Uhr Führung durch die Landessportschule in Osterburg, gegen 15.30 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken in Krumke – Anfahrt privat (verantw.: Kollegin Wübbenhorst)

Do., **16. Juni**, um 8.00 Uhr Busfahrt zum „Spiegel der Sachsen“ nach Reppichau, Führung im Museum und durch das Dorf mit Besichtigung der Kirche, einschließlich Mittagessen und Kaffeetrinken (verantw.: Kollegin Heitzmann, Kollegin Küsel)

Für die Veranstaltungen sind verbindliche Anmeldungen notwendig.

### Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsen-anhalt.net, www.gew-sachsen-anhalt.net

**Vorsitzender:** Thomas Lippmann  
**Verantwortlich:** Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

**Redaktion:** Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius  
**Postanschrift der Redaktion:** GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzüglich 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

**Redaktionsschluss** ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

**Verlag mit Anzeigenabteilung:** Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preislise Nr. 10 vom 1. Januar 2015; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

**Gesamtherstellung:** SW-Kommunikation, Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net

## Kinder- und Jugendliteratur-Tipp:

### Den Schreibtischtätern das Handwerk legen

**Marion Muller-Colard, Clémence Pollet; Hannah Arendt auf der Bühne; Zürich: diaphanes 2015; 64 Seiten; ISBN: 978-3-03734-530-6; 14,95 €; ab 10 Jahre**

Hannah Arendt ersinnt keine Gedankengebäude, sondern steigt direkt in die Arena. Auf die Bühne ihres kleinen Theaters zu treten, heißt denken. Denken heißt handeln! Das illustrierte Philosophiebuch für junge Leser veranschaulicht mithilfe einer reich bebilderten Erzählung Hannah Arendts komplexen, handlungstheoretischen Machtbegriff.

Statt einfach die Lebensgeschichte der deutsch-amerikanischen Philosophin zu erzählen, geht die Autorin viel raffinierter vor: Kurz vor ihrem Lebensende im Jahr 1975 erscheint Hannah Arendt ihr kindliches Alter Ego. Dieses wünscht sich von der weltbekannten Schriftstellerin eine Geschichte „vom Fuchs, der Angst vorm bösen Wolf hat.“ Hiervon ausgehend entspinnt sich eine Erzählung, die von Aristoteles und der griechisch-antiken Polis als Geburtsort der Demokratie ebenso handelt wie von seelen- und gewissenlosen „Schreibtischmännern“, den Vertretern eines bürokratischen und totalitären Regimes. Diesen Schreibtischtätern das Handwerk zu legen, betrachten die große und die kleine Hannah als ihre Aufgabe. Doch dazu müssen sie Verantwortung übernehmen, sie müssen handeln und auf die Bühne treten.

„Hannah Arendt auf der Bühne“ verbaut die zahlreichen Elemente aus Arendts philosophischem und publizistischem Werk (etwa die Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt, die Suche nach den Ursachen totalitärer Herrschaft, die Berichterstattung über den Eichmann-Prozess in Jerusalem etc.) gekonnt zu einer stringenten und spannenden Geschichte, in der es um nicht weniger geht als um die Erhaltung einer friedlichen und humanen Welt. Dabei wird klar, dass es zwar Mut braucht und Anstrengung kostet, sich politisch einzubringen, dass aber das Unterlassen fatale Konsequenzen haben kann. Wer sich weitergehend mit der Philosophie und/oder der Biografie Hannah Arendts auseinandersetzen will, muss zu einem der Sachbücher greifen, die es zum Thema auch für Kinder und Jugendliche gibt. Das vorliegende Buch liefert erste Einsichten.

Mario Zehe



GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg  
Postvertriebsstück. Deutsche Post AG. „Entgelt bezahlt“. K 6549

© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET



**Neues Konto? Neue Adresse?  
Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

### Änderungsmeldung:

Name, Vorname: .....

Kreisverband: .....

Mitglieds-Nr.: ..... Geb.-Dat.: .....

Anschrift: .....

Telefon: .....

Bankverbindung: .....

Kontoinhaber: .....

[illegible]

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Tätigkeitsbereich: .....

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach TVÖD (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Beamte (Besoldungsgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Bruttoeinkommen: .....  
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen  
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit .....)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche .....)

**Es ist schon erstaunlich,**

was Politiker so rausbauen. Jüngst kam es ja beim EU-Internetkommissar Günther Oettinger, zu einem Netzausfall. Seine Hirnströme müssen völlig zusammengebrochen sein, als er sagte, wenn er „mit der komischen Frau Petry verheiratet wäre“, würde er sich „noch heute Nacht erschießen.“ Da hatte sein Server anscheinend in den Panikmodus geschaltet. Denn was würde das bringen? Dann wäre Oettinger zwar tot, aber die Petry immer noch AfD-Vorsitzende. Gut, was Oettinger betrifft, der war ja noch nie die hellste Kerze auf der Geburtstagstorte. Sonst wäre er ja auch nicht nach Brüssel entsorgt worden, wo er dann als Energie-Kommissar die Glühlampen abschoss, der Vogel... ich meine, wo er den Vogel abschoss, als er die Glühlampen verbot. Wahrscheinlich schon deshalb würden sich allein in Sachsen-Anhalt 17 Prozent wünschen, dass die Petry den Oettinger heiraten soll. Die 17 Prozent sind die, welche die AfD wählen wollen.

Aus Mangel an  
Alter-

zu sein. Denn was er für den Gallert gemacht hat, ist ja fast Antiwerbung. Auf einem Plakat steht „Der Brückenbauer“. Ein Brückenbauer ist mein Zahnarzt auch. Oder ich lese „Der Frauenverstehrer“. Na, wenn der nur Frauen versteht, muss ich als Mann den doch nicht wählen. Oder gleich die Budde von der SPD. Aber die Frau versteht nun wieder gar keiner. Die Plakate der anderen Parteien sind ja auch nicht besser. DIE GRÜNEN haben sich in der Jahreszeit völlig verwechselt. Die Wahl ist im Frühjahr. Sie werben aber in Magdeburg für den Herbst und dann auch noch mit den Worten der Kanzlerin „Wir schaffen das“. Womit wir bei der CDU wären. Die schießt in der Landeshauptstadt den „Blauen Bock“ ab. Am hässlichsten Gebäude der Stadt, gleich neben einer Werbung für Stützstrümpfe, hängt ihr Spitzenkandidat mit den Worten „Vertrauen, Verlässlichkeit, Verantwortung“. Drei große „V“. Rainer Haseloff, ein

## Nachschlag



nati-  
ven.  
Kein  
Wunder,

wenn man sich die Wahlwerbung der Parteien mal anschaut. Auf den Plakaten DER LINKEN steht Wulf Gallert im Plenarsaal und guckt irgendwo ins Leere, wie „Hans Guck-in-die-Luft“, und daneben steht „Ich kann. Ich will. Ich werde.“ Ja, aber was denn? Außerdem fehlt nach jedem Ausruf das Ausrufezeichen. Rechtschreibung kann er also schon mal nicht. Oder sein PR-Berater. Der scheint offenbar sowieso von einer anderen Partei

V-Mann? Gut, da ist es wenigstens jetzt schon raus und nicht erst nach 40 Jahren wie bei Lech Walesa. Ein echter Knaller wäre ja mal, wenn die Politiker im Wahlkampf sagen würden: Wenn ich nach der Wahl meine Versprechen nicht einhalte, werde ich mich noch heute Nacht erschießen. Macht aber keiner. Logisch, dann wäre ja die Wahl kein Plebiszit mehr, sondern ein Suizid.

Der Beitrag wurde auch bei MDR Sachsen-Anhalt gesendet.

Hans-Günther Pölitz